

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE.**

1/2011

Tierversuchsgegner

Baden-Württemberg e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

TIERSCHUTZ AKTUELL

Mitglieder-Informationen April 2011



Foto:Ingeborg Livaditis

- ***Politisches Umdenken zur Geflügelzucht in Sicht***
- ***Schwerpunktthema Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg***
- ***Tierversuche und tierversuchsfreie Forschung***

Geschäftsstelle: Alexanderstr. 13 · D 70184 Stuttgart · Tel.: 07 11/61 61 71 · Fax: 07 11/61 61 81

Bankverbindung: Kreissparkasse Böblingen · BLZ 603 501 30 · Konto-Nr. 22 349

Internet: www.tierrechte-bw.de · **E-Mail:** info@tierrechte-bw.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 - 19 Unsere Aktivitäten, darunter:
07 - 08 Treffen der Tierschutzbeiräte
09 - 11 Die Mentalität der Jäger
11 - 13 Landtagswahl in Baden-Württemberg
16 - 17 Einladung zur Mitgliederversammlung
und Satzungsänderung
18 - 19 Veröffentlichte Leserbriefe
20 - 25 Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg
26 - 28 Kritik an Tierversuchen
29 - 30 Tierversuchsfreie Forschung
31 - 32 Eine „härtere Gangart“ des Christentums
33 - 34 Politisches Umdenken zur Geflügelzucht
35 Protest gegen Agrarindustrie und
Anschriften für Leserbriefe

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE.
Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.
Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart
E-Mail: info@tierrechte-bw.de

Chefredaktion und Gestaltung:

Ingeborg Livaditis
Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich
Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50
E-Mail: Liva-Tierrechte@arcor.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Silke Bitz, Marie-Luise Strewé, Eva Gatz
sowie namentlich genannte Autoren

Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH
Auflage: 1.750 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Liebe Leserinnen und Leser,


es war an einem warmen sonnigen Tag im Mai. Mein Mann und ich waren mit dem Fahrrad durch die niederländische Provinz Gelderland unterwegs. Unsere Tour führte uns an vielen Gartengrundstücken vorbei, auf denen kleine Gruppen von Schafen, Kühen, Pferden und Ziegen weideten. Plötzlich fiel uns eine einzelne Kuh auf. Gespannt beobachtete sie einen rotierenden Rasensprenger im Nachbargarten, der glitzernde Fontänen versprühte. Der Wasserstrahl kam immer näher, die Anspannung der Kuh wuchs – und endlich war es soweit! Das erfrischende Nass prasselte auf sie nieder. Voller Wonne schüttelte sie sich. Das Spiel mit dem Wasser bereitete ihr offensichtlich das reinste Vergnügen. Der Wasserstrahl rotierte weiter und das Ganze ging von vorne los. Als ich diese Geschichte einem Freund erzählte, der ein eher mäßiges Interesse an Tieren hat, meinte er verblüfft: „Gar nicht blöd. So viel Intelligenz hätte ich einer Kuh nicht zugetraut.“

Emotionen und Geist bei Tieren? Wer dies für selbstverständlich hielt, wurde – besonders in Wissenschaftskreisen – noch bis in jüngste Vergangenheit als naiver Idealist verspottet, der Tiere auf unzulässige Weise vermenschlicht. Inzwischen wendet sich das Blatt. Die Annahme, dass Tiere den Menschen ähnlicher sind als viele bisher wahrhaben wollten, wird in zunehmendem Maße wissenschaftlich bestätigt. So gelang es Veterinärmedizinern mittels der Positronen-Emissions-Tomografie (PET), physiologische Vorgänge in Gehirnbereichen von Tieren aufzuzeigen, in denen Gefühle entstehen. Gerd Schlenker, Direktor des *Instituts für Tier- und Umwelthygiene des Fachbereichs Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin*, ist daher

überzeugt, dass alle Wirbeltiere eine dem Menschen ähnliche Gefühlswelt haben. Selbst das Vermögen, sich in andere hineinzusetzen und altruistisch zu handeln, wird nicht mehr nur ausschließlich Menschen zugeschrieben.

Auch die zoologische Kognitionsforschung fördert verblüffende Ergebnisse zu Tage. Verhaltensbiologen entdecken immer mehr erstaunliche Fähigkeiten bei Arten, denen man lange Zeit nur bescheidene Geisteskräfte zutraute. Neukaledonische Krähen etwa benutzen nicht nur Werkzeuge, sondern stellen sie selbst her. Hunde haben ein feines Gespür für die Stimmungslage der Menschen und interpretieren deren Blicke und Gesten besser als jeder Menschenaffe. Schweine sind zu Intelligenzleistungen fähig, die denen von Hunden und teilweise sogar von Schimpansen überlegen sind. Sie besitzen ein hervorragendes Gedächtnis und eine beeindruckende Konzentrationsfähigkeit, sind überaus lernfähig und ausgesprochen erfinderisch, wenn es darum geht, komplexe Probleme zu lösen – oder sich gegenseitig übers Ohr zu hauen!

Das zunehmende Wissen über die vielfältigen Fähigkeiten der Tiere geben meiner Meinung nach Anlass zu vorsichtigem Optimismus. In Zukunft dürfte es kommerziellen Tiernutzern oder Tierversuchsbefürwortern schwerer fallen, den berechtigten Forderungen der Tierschützer stichhaltige Argumente entgegenzusetzen. Es besteht Hoffnung, dass das neue Bild der Tiere langsam auch in der Mitte der Gesellschaft Gestalt annimmt. Selbst in den Kirchen regt sich – zwar erst vereinzelt, aber immerhin – Widerstand gegen den ungeheuerlichen Missbrauch unserer Mitgeschöpfe. Gewiss, eingefleischte Denkmuster und Gewohnheiten werden nicht von heute auf morgen korrigiert oder abgelegt. Dafür braucht es einen langen Atem. Aber es ist möglich. Wir alle können dazu beitragen, dass Tieren nicht länger die Rechte vorenthalten werden, die ihnen zustehen. Vielleicht indem wir Geschichten erzählen. Geschichten von den wunderbaren Lebewesen, mit denen wir diese Erde teilen.

Ihre 
Marie-Luise Strewé
Stellvertretende Vorsitzende

Sankt Martin: Gänse müssen für Tradition sterben

Unsere Pressemitteilung vom 08.11.2010

Während Kinder mit Freude Laternen für den *Sankt-Martins*-Umzug am 11. November 2010 basteln, werden Gänse für den traditionellen *Martinsbraten* gemästet und getötet. Der Landesverband *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg (MfT BW)* bittet die Verbraucher, vom Kauf einer „Festtagsgans“ abzusehen und stattdessen lieber ein schmackhaftes Menü ganz ohne Tierleid auszuprobieren.

„Dass zu *St. Martin* Gänse verzehrt werden, ist aus Tierschutzsicht, aber ebenso aus pädagogischen Gründen kritikwürdig“, findet Ingeborg Livaditis, Vorsitzende des Landesverbands *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg*. „Denn Kinder lieben Tiere, wie Studien belegen.“, so Livaditis weiter. Der Verein empfiehlt daher Eltern und Lehrern, das Mitgefühl für Tiere nicht zu zerstören, sondern *St. Martin* zum Anlass zu nehmen, dieses beispielsweise in Tierschutzprojekten zu vertiefen und sich selbst über Hintergründe der Fleischproduktion zu informieren.

So ist vielen Verbrauchern nicht bewusst, dass rund 80 Prozent der Gänse, die in Deutschland über die Ladentheke gehen, um zum *St. Martinsfest* verspeist zu werden, aus Polen oder Ungarn kommen, wo die Tiere in industrieller Massentierhaltung wie Billigware produziert werden. In oft fensterlosen Hallen und drangvoller Enge müssen die Tiere in kurzer Zeit an Gewicht zulegen, um eine profitable Fleischproduktion zu ermöglichen. Den Preis dafür zahlen die Gänse, die auf diese unnatürlichen Bedingungen mit Gelenkentzündungen, Knochenbrüchen oder Atemnot reagieren und häufig das eigene Gewicht nicht mehr tragen können.

„Gänse sind intelligente, soziale und bewegungsfreudige Wasservögel, für die das Dasein in der Massentierhaltung unerträglich ist. Auch in Deutschland werden die wenigsten Gänse in tierfreundlicheren Betrieben gehalten, in denen sie Auslauf und Bademöglichkeiten

haben – und letztendlich wird ihnen mit der Schlachtung ihr Recht auf Leben genommen“, moniert Livaditis.

Auch die Herstellung von Gänsestopfleber ist eine fürchterliche Tierquälerei. Die Gänse werden in Käfigen gehalten, und ihnen werden riesige Mengen Futterbrei aus Mais mit 5 % Schweineschmalz mit einem Rohr oder Schlauch gewaltsam direkt in den Magen gepumpt, um eine Verfettung der Leber zu erzeugen. Häufig kommt es dabei zu schweren Verletzungen des Schlunds und der Speiseröhre, so dass die Tiere verbluten oder unter den schmerzhaften Wunden leiden. Die bei dieser Prozedur gewonnene Fettleber wiegt bis zu zwei Kilo - das fünf- bis siebenfache einer gesunden Gänseleber. Dieses krankgezüchtete Organ wird im Handel als Delikatesse unter dem Namen *Foie gras* angeboten.

Zwar ist in Deutschland zumindest das Stopfen von Gänsen wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz verboten, im Import und Verzehr von Gänsestopfleber belegt Deutschland im weltweiten Vergleich jedoch einen der ersten Ränge.

Ein Ende solcher Torturen für die Tiere kann nur erreicht werden, wenn der Verbraucher klare Signale gibt und keine Produkte kauft, für die Tiere leiden und sterben mussten“, ist sich Livaditis sicher. In seiner Broschüre *Wer die Wahl hat ... hat die Macht! Tierschutz beim Einkauf* gibt der Verein Informationen und Tipps, wie jeder Einzelne beim Besuch im Supermarkt ganz einfach und effektiv einen Beitrag zum Tierschutz leisten kann.

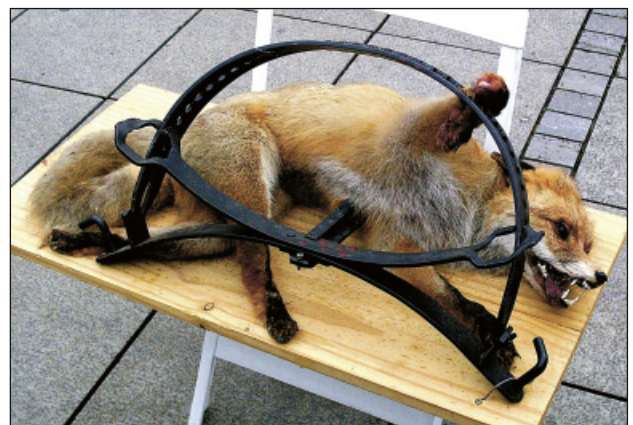
Weitere Information:

Flugblatt: *Wer die Wahl hat ... hat die Macht!*
http://www.tierrechte-bw.de/index.php?option=com_content&view=article&id=134&Itemid=99

Wir freuen uns sehr darüber, dass die Pressemitteilung von der *Saarbrücker Online-Zeitung* komplett veröffentlicht wurde. Der Text wurde mit einem Gänse-Foto und dem Untertitel „Wir sind Mitgeschöpfe“ ergänzt, wodurch er mehr Aufmerksamkeit erreichte.

Infostand in Stuttgart, Königstraße, 20.11.2010

Unser letzter Infostand in 2010 fand bei strahlendem Sonnenschein statt. Da einige unserer Aktiven verhindert waren, musste kurzfristig umorganisiert werden. Dennoch klappte alles wunderbar: der Transport, Auf- und Abbau und die Standbetreuung während des ganzen Tages durch eine kleine Mannschaft. Neben unseren Standardthemen Tierversuche und tierversuchsfreie Forschung sowie Vegetarismus informierten wir entsprechend der Jahreszeit auch über die grausame Pelzgewinnung. Insgesamt konnten wir fast 350 Unterschriften zu den Themen Katzenschutzverordnung, „Schlacht“tiertransporte, Affenqual in Tübingen und gegen die Robbenjagd sammeln.



1. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Coryn Weber-Castoldi
2. Reihe links: Evi Gatz

1. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Evi Gatz
2. Reihe links: Coryn Weber-Castoldi

Fotos: W. Livaditis

Der Tod trägt Pelz

10. Anti-Pelzaktion in Baden-Baden am 04.12. 2010

Unsere Pressemitteilung vom 01.12.2010

Ort: Baden-Baden
Datum: Samstag, 4. Dezember 2010
Zeit: 13:00 - 17:00 Uhr

Totenwache für die Pelztiere

Lange Straße am Blumenbrunnen

ab ca. 13:00 Uhr

Aufzug durch die Innenstadt

Lange Straße am Blumenbrunnen

Sammeln zum Aufzug:

ab 14:30 Uhr

Beginn des Aufzugs:

15:00 Uhr

Mahnwache mit Fackeln und Transparenten

Leopoldsplatz

ab ca. 16:00 Uhr – 17:00 Uhr

Mit der diesjährigen Pelzaktion in Baden-Baden schließt sich die Aktionsgruppe des Landesverbandes *Menschen für Tierrechte. Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.* erneut den bundesweiten Protesten gegen die grausamen Praktiken der Tierpelzgewinnung an.

Allein in Deutschland erleiden rund 300.000 Tiere in ca. 25 Pelzfarmen ein grausames Schicksal. Nerze, Iltisse, Füchse, Marderhunde, Sumpfbiber, Chinchillas und andere Tiere vegetieren bis zur Pelz„ernte“ im November etwa fünf bis sechs Monate in winzigen Drahtkäfigen auf Gitterrosten. Für die Pelzindustrie haben sie nur eine einzige Zweckbestimmung: Sie werden wie Ware produziert, vergast, erschlagen, erdrosselt oder bei lebendigem Leib gehäutet. In ihrem Dauerstress sind massive Verhaltensstörungen wie Selbstverstümmelungen, stereotype Bewegungsabläufe und Kannibalismus an der Tagesordnung. Wie stark und wie lang der Todeskampf dieser Tiere am Ende ihres traurigen Daseins dauert, spielt keine Rolle. Wichtig allein ist, dass das gewinnbringende Fell nicht beschädigt wird.

Dennoch wird die Pelzindustrie nicht müde zu behaupten, dass der Pelzkommerz mit dem Tier- und Umweltschutz vereinbar sei. Die Realität jedoch belehrt uns eines anderen! Niemand wird glaubhaft widerlegen können, dass Tiere in der Pelzproduktion erheblich leiden und zumeist qualvoll sterben! Auch die „umweltfreundliche“ Tierpelzgewinnung kommt einer absoluten Täuschung der Öffentlichkeit gleich. Bevor ein Pelz- oder Lederprodukt an den Konsumenten gelangt, kommt eine Vielzahl von Chemikalien zum Einsatz: Stoffe wie Schwefelsäure, Ammoniumchlorid, Formaldehyde, Bleiazetate, Natriumperborat und viele weitere giftige und Krebs erzeugende

Substanzen. „Umweltfreundlicher“ Pelz? Wohl kaum!

Nach langen und zähen Verhandlungen um ein EU-Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle aus China und weiteren asiatischen Ländern trat im Januar 2009 endlich ein Importverbot für diese tierquälerisch gewonnenen Fellprodukte in Kraft. Ein wesentlicher, aber dennoch nur Teilerfolg. Handelsverbote auch auf andere Tierpelze müssen folgen!

Mehrjährige Kampagnen von Tierrechtsaktivistinnen und -aktivisten führten dazu, dass der deutsche Luxusmodehersteller *ESCADA* in diesem Jahr ab sofort auf den Verkauf von Echtpelzprodukten verzichtet. Modehäuser wie *Peek & Cloppenburg*, *Karstadt*, *Kaufhof*, *Diesel* und viele weitere konnten schon vor längerer Zeit davon überzeugt werden, sich vom Tierpelz zu distanzieren. Auch in der Haute Couture gibt es eine positive Trendwende. Die Kollektion von Modezar Karl Lagerfeld beinhaltet erstmals eine Vielzahl extravaganter Kunstpelze.

Während die allgemeine Abkehr von der tierquälerischen Pelzgewinnung immer deutlicher wird, scheint die badische Kurstadt mit ihren zahlreichen Anbietern und Konsumenten von Tierpelzen völlig unberührt davon. „Proportional zur Einwohnerzahl wird in kaum einer anderen Stadt unseres Landes so zahlreich und unbedarft die Haut der Pelztiere zur Schau getragen wie in Baden-Baden. Ob als Innenfutter oder Besatz, gerupft oder gezupft, geschoren oder gefärbt, kurz oder lang, üppig oder schmal, mit Kopf oder Schwanz: Prestige ist alles, koste es, was es wolle, auch dann, wenn Millionen von Pelztieren dafür leiden und sterben müssen“, so die Initiatorin der 10. Anti-Pelzaktion, Elke Paus.

Wir bitten Sie, über unsere geplante 10. Anti-Pelzaktion zu berichten.

Zu der Aktion waren bedauerlicherweise nur ca. 25 Aktivisten gekommen; besonders die jungen Tierrechtler fehlten. Da an diesem Tag weitere Anti-Pelzdemos in anderen Städten stattfanden, ist es gut möglich, dass diese an ihnen näher gelegenen Anti-Pelzaktionen teilnahmen. Mit so wenig Leuten einen Demozug durchzuführen, wäre lächerlich gewesen. Deshalb beschränkte ich die Aktion zunächst auf die Totenwache am Blumenbrunnen. Gegen 16 Uhr, beim Dunkelwerden, wechselten wir auf den Leopoldsplatz, um dort noch eine dreiviertelstündige Mahnwache mit Fackeln abzuhalten.

Wegen des in der Nähe befindlichen Weihnachtsmarktes und des trockenen Wetters war die Stadt regelrecht überlaufen. Im Gegensatz zum vorjährigen Demonstrationszug, der durch die jungen Tierrechtler laut und aggressiv war, verlief die diesjährige Aktion viel ruhiger. Sie war aber letztlich eindrucksvoller und hat viele Leute betroffen gemacht, sogar Pelzträgerinnen und Pelzträger. So konnten sich Gespräche entwickeln und an die Interessierten viele Flugblätter verteilt werden. Einige Passanten kamen auf uns zu und dankten uns für unser Engagement. Eine Frau aus Hamburg meinte, dort gäbe es bei weitem nicht so viele Pelze wie in Baden-Baden.

Die *Badische Zeitung* und (erstmal) die *Badische Neueste Nachrichten*, Ausgabe Baden-Baden, brachten eine größere Ankündigung unserer Anti-Pelzaktion. Das *Badische Tagblatt* berichtete über unsere Veranstaltung (s. nächste Seite).



Fotos: privat



In Fußgängerzone Totenwache für die Pelztiere

Mit Theaterblut besudelte Tierfelle, ein leibhaftiger „Tod“ und schwarze Gestalten säumten am Samstag in der Fußgängerzone den Spazierweg tausender Christkindlesmarktbesucher. Auf Transparenten stand zu lesen „Der Tod trägt Pelz“. Mit der zehnten Baden-Badener Antipelzaktion schloss sich die Aktionsgruppe des Landesverbandes „Menschen für Tierrechte – Tierversuchgegner Baden-Württemberg“ um Organisatorin Elke Paus den bundesweiten Protesten gegen die „grausamen Praktiken der Tierpelzgewinnung“ an. Rund 300 000 Nerze,

Iltisse, Füchse, Marderhunde, Sumpfbiber, Chinchillas und andere Tiere vegetierten, so Paus, in etwa 25 bundesdeutschen Pelzfarmen bis zur „Pelzerte“ im November fünf bis sechs Monate lang in winzigen Drahtkäfigen auf Gitterrosten, ehe sie vergast, erschlagen, erdrosselt oder bei lebendigem Leib gehäutet würden. Die Aktion, die von einer Totenwache für die Pelztiere und einer Mahnwache mit Fackeln auf dem Leo begleitet wurde, sei auf viel positive Resonanz gestoßen, stellte Elke Paus zufrieden fest. (fs)/Foto: Fauth-Schlag

Badisches Tagblatt, 06.12.2010

Treffen der Tierschutzbeiräte der Bundesländer

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

Am 2. und 3. Dezember 2010 fand in Berlin ein Treffen von Mitgliedern der Tierschutzbeiräte in Fortsetzung des letztjährigen Arbeitskreises statt. Wie auch im Vorjahr wurde es vom Landestierschutzbeauftragten von Berlin, Dr. Klaus Lüdcke, und seiner Mitarbeiterin Petra Namyslo organisiert. Nachdem sich der Austausch und die Zusammenarbeit mit den anderen Tierschutzbeiräten als äußerst fruchtbar erwiesen hatten, nahm ich auch diesmal wieder für unseren Verein an dem Arbeitstreffen teil. Bereits im Vorfeld wurden Wünsche zur Besprechung von Themen sowie Anträge vorbereitet und eingebracht, so

dass es während des kurzen Treffens möglich war, eine Vielzahl von Tagesordnungspunkten zu behandeln. Durch die geleistete Vorarbeit konnten wir uns zügig und effektiv auf gemeinsame Beschlüsse einigen, um die wichtigen Themen auf politischer Ebene so schnell wie möglich anzubringen.

Neben einem geforderten Kastrationsgebot für Katzen und der Forderung nach Offenlegung der Tierversuchszahlen aller Bundesländer standen auch Themen wie Vergrämuungsmaßnahmen bei Tauben und die Ferkelkastration zur Diskussion. Unser Verein hatte in einem Antrag gefordert, den Lebendverkauf von Hummern und anderen Kriebstieren

zu unterbinden. Außerdem forderten wir ein Verbot der tierschutzwidrigen Haltungsbedingungen sowie des Lebendkochens von Hummern. Ähnlich wie in Österreich soll erreicht werden, dass zumindest die Hummerhaltung mit zusammengebundenen Scheren, dicht gedrängt in unstrukturierten Aquarien und ohne ausreichende Rückzugsmöglichkeit wegen Verstoßes gegen geltendes Tierschutzrecht künftig als Tierquälerei gilt und unter Strafe gestellt wird. Unser Antrag und ein entsprechender Briefvorschlag an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wurden von den Teilnehmern begrüßt und angenommen.

Zu einigen weiteren Themen wur-

den gemeinsam Inhalte und Forderungen für Briefe abgestimmt, die Dr. Lüdcke im Namen der Teilnehmer an die jeweils verantwortlichen Politiker verschicken wird.

Aufschlussreich war ein Gespräch mit den tierschutzpolitischen Sprechern der Bundestags- und Abgeordnetenhausfraktionen Berlin (Landesparlament des Landes Berlin) und einem Vertreter des *Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)*, die zu unserem Treffen eingeladen worden waren und zu aktuellen tierschutzpolitischen Themen Stellung beziehen sollten. Die Ansichten der Fraktionsvertreter hinsichtlich der Notwendigkeit, mehr Tierschutz zu fördern, waren in gewohnter Weise bezeichnend.

Eines der Themen war das geforderte Verbot von Wildtieren in Zirkussen. Während der tierschutzpolitische Sprecher der *SPD*, Heinz Paula, einen Elefanten im Kopfstand als das Dümme bezeichnete, was

man sich vorstellen könne, da es ein großes Elend für das Tier bedeute, wollte Dieter Stier von der *CDU/CSU* – so wörtlich – „nicht auf das Leuchten von Kinderaugen im Zirkus verzichten“. Seitens des *BMELV*, das durch Dr. Gerhard Stiens vertreten war, hieß es, ein Wildtierverschickungsverbot im Zirkus sei nicht verfassungskonform wegen der Berufsfreiheit beispielsweise für Dompteure. (*Anmerkung: Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz wiegt nach Ansicht des Ministeriums offenbar nicht so hoch.*)

Bezüglich der Einführung der Verbandsklage für anerkannte Tierschutzorganisationen ist das Bundesministerium der Meinung, dass das Tierschutzgesetz bereits ausreichend Komponenten enthalte, die die Beteiligung von Tierschutzvereinen ermöglichen.

Die *FDP*-Bundestagsabgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan äußerte, dass das ehrenamtliche Engagement vieler Bürger nicht ersetzt werden könne und solle, da man nicht alles

auf den Staat schieben könne. Der Vertreter von *Die Linke*, Alexander Süßmair, äußerte, dass er mit den Tierschutzthemen noch nicht vertraut sei, verwies jedoch generell auf die Probleme der Massentierhaltung. So habe Deutschland einen blauen Brief aus Brüssel wegen Überschreitung der Ammoniakkonzentration erhalten und es bestünde Handlungsbedarf, Regelungen zu treffen. Die Bundestagsabgeordnete von *Bündnis 90/Die Grünen*, Undine Kurth, betonte die Notwendigkeit, in vielen Bereichen für umfangreiche Verbesserungen im Tierschutz zu sorgen.

So konstruktiv das Treffen der Ländertierschutzbeiräte auch war, so klar wurde einem auch wieder einmal vor Augen geführt, dass es einen hartnäckigen Kampf erfordert, um in Sachen Rechte der Tiere in den politischen Gremien auch nur geringfügig voranzukommen. Wir tun weiterhin unser Möglichstes!

AG Schwäbisch Hall im Radio *StHörfunk*

Anita Renner, AG-Leiterin

Bei unserem ersten Kontakt mit *StHörfunk* waren wir etwas skeptisch, wie unsere Sendung mit einem kritischen Tierschutzthema bei den Hörern ankommt und ob es zu weiteren Terminen kommen würde. Inzwischen sind wir dort fest etabliert. Dieser Erfolg ermunterte uns, unsere Produktionen auch weiteren freien Sendern anzubieten. Bis jetzt haben wir folgende Zusagen erhalten:

radio flora, Hannovers Web-Radio, wird in monatlicher Folge ab 09.02.2011 alle Sendungen bringen.

Erstsendung ist jeden zweiten Mittwoch eines Monats von 17 bis 18 Uhr mit Wiederholung am vierten Mittwoch sowie jeweils am folgenden Freitag von 10 bis 11 Uhr. Die jeweiligen Sendungen sind im Programm von *Radio Flora* im Internet aufgeführt.

Freies Radio Wüste Welle im Sendebereich Tübingen, Reutlingen, Rottenburg wird einzelne Themen übernehmen je nachdem, was in diesen Städten an Aktionen geplant ist.

Ebenso wird *Webradio Lora* in München einige Beiträge bringen, allerdings in etwas überarbeiteter

Form. Sendetermine stehen noch nicht fest.

Querfunk, das freie Radio Karlsruhe, möchte die Sendungen ebenfalls modifizieren, da es mit ähnlich kritischen schon ziemlichen Ärger gab. Ein Sender sagte deshalb sogar ganz ab.

Einige weitere Sender haben Interesse an unseren Tierschutzproduktionen bekundet, eine feste Zusage haben wir jedoch noch nicht erhalten. Wir würden uns auf jeden Fall sehr darüber freuen, wenn unsere Sendungen eine größere Verbreitung finden würden.

Weihnachten – Fest der Liebe. Aber nicht für Tiere!

Beate Häberle und Markus Sieker,
Aktionsgruppe Schwäbisch Hall

Am 20.12.2010 haben wir zusammen mit Anita Renner und Karin

Schön eine Sendung zu den Feiertagen gemacht: „Fest der Liebe? Weihnachten und Silvester bedeuten Liebe, Frieden und Freude. Nicht für die Tiere! Doch es geht auch tier-

leidfrei.“

Nachdem wir kurz den eigentlichen Sinn des Weihnachtsfestes darstellten, gingen wir auf das Problem Weihnachten und Konsum ein. Be-

sonders wichtig war es uns herauszustellen, dass unser aller Konsum Leid über Tiere bringt, über Tiere, die genauso wie wir Freude und Leid, Trauer und Schmerz empfinden.

Es folgte eine Aufzählung üblicher Geschenke – die alle mit Tierleid verbunden sind. Bei Parfüm und Kosmetika haben wir das Thema Tierversuche kurz angerissen. Zum Besuch eines Weihnachtzirkusses erläuterten wir die unendlichen Qualen für die dort lebenslang eingesperrten Tiere. Bei der Pelzbekleidung besprachen wir das unvorstellbare Elend der hierfür ermordeten Tiere und so weiter. Diesen Teil der Sendung schlossen wir mit der Bitte, Weihnachten als eine besinnliche Zeit anzunehmen und sich über unseren Umgang mit Tieren Gedanken zu machen.

Damit die Hörer die oftmals schweren Worte besser „verdauen“ konnten, gab es danach den Vorschlag für ein veganes Weihnachtsmenü. Dieses wurde mit so viel Begeisterung vorgetragen, dass man beim Zuhören fast schon ein „Pfüzle in der Gosch“ bekam vor lauter Gelüsten nach solch leckeren Speisen.

Danach gab es wieder schwere Kost. Wir erklärten, warum Tiere keine Geschenke sind. Unser alternativer Vorschlag für ein Tiergeschenk war: Zeit zu schenken, Zeit für und mit Tieren. Als Beispiel nannten wir Tierpatenschaften oder Mithilfen in Tierheimen. Vorgestellt wur-

de der Verein *Katzenschutz Göppingen-Donzdorf e.V.* Aber auch andere Tierheime und Gnadenhöfe mit all den grausamen, früher erlittenen Tierschicksalen kamen zur Sprache.



Von links: Beate Häberle, Anita Renner, Karin Schön, Markus Sieker
Foto: privat

Wir hatten Tränen in den Augen, als wir über einen misshandelten Mischlingsrüden und ein gequältes Zirkuspferd berichteten. Tränen der Trauer – und dann Tränen der Freude, als wir über die letzten Lebensjahre erzählten, die diese geschundenen Tiere auf solch einem Gnadenhof verbringen durften.

Unsere Sendung schlossen wir mit dem Thema Silvester, wobei wir auf die Knallerei und das damit verbundene Leid der Tiere hinwiesen. Als Alternative zu den traditionellen „Tierleid-Essen“ wie Fleischfondue oder Karpfen und Ähnliches stellten

wir ein tolles veganes Silvestermenü vor.

Die uns zur Verfügung gestellten 60 Minuten vergingen wieder einmal wie im Flug. Es hat einfach Spaß gemacht, gerade weil wir zu mehreren waren. Wir freuen uns schon auf die nächste Sendung, die sich mit den Themen Zoo/Zirkus/Delfinarium befassen wird. Die Erstsendung läuft am 21.03.2011 um 16:00 Uhr und wird eine Woche lang wiederholt.

Am 02.05.2011 heißt die Sendung: „Traurige Wahrheiten über das Lebensmittel Tier“. Dabei geht es um den Leidensweg der Tiere, bis sie letztlich als ein Stück Fleisch oder Wurst auf unseren Tellern landen. Aufgezeigt werden sollen aber auch Wege, wie es besser sein kann und sein sollte.

Diese Sendung wird von vier jugendlichen Tierschützern, darunter ein Veganer, gestaltet, mit denen wir in Kontakt gekommen waren. Sie interessierten sich sehr dafür, selbst einmal eine Sendung zum Tierschutz zu machen. Sie hoffen, damit Denkanstöße beim Einkauf und im Alltag geben zu können. Sicher gehen sie mit großer Begeisterung an diese Arbeit heran.

Die Mentalität der Jäger

Torsten Pasler, AG Schwäbisch Hall

Nachdem ich letztes Jahr in der Sendung bei *Radio StHörfunk* (www.sthoerfunk.de) die häufigsten Rechtfertigungen der Jäger für ihr blutiges Handwerk widerlegen konnte, schloss sich logischerweise die Frage an, aus welchen tatsächlichen Beweggründen die Jäger jagen. Ökonomische (Holzwirtschaft) und gesundheitliche Gründe („Wildfleisch ist Bio-Fleisch“) habe ich hierbei außer Acht gelassen und mich in der neuen Sendung vom 07.-13.02.2011

ganz auf die psychologische Frage konzentriert.

Zunächst habe ich mit zahlreichen Zitaten die Jäger selbst zu Wort kommen lassen, da dies eine authentische Quelle darstellt. Die Zitate stammen teilweise aus dem Forum der Internetseite www.wildundhund.de, der gleichnamigen Jägerzeitschrift, die übrigens von der Gummibärchen-Firma *Haribo* gesponsert wird. Laut den Selbstäußerungen waren die Motive für die Jagd: Ausbrechen-Wollen aus der modernen Zivilisation und aus dem

Alltag, Suche nach Abenteuer und Vergnügen, Suche nach Selbstbestätigung, Machtgefühle, ein angeblicher „Trieb“ zur Jagd, Suche nach einem „Kick“ (beim Auslösen des todbringenden Schusses), der bei einigen bis zum sexuellen Höhepunkt führen kann. Insbesondere Rehe werden mehrmals mit jungen Mädchen verglichen.

Für einen mitfühlenden Menschen fällt bei den Äußerungen der Jäger immer wieder zweierlei auf: Zum einen die Mitleidlosigkeit, mit der sie die Situationen beschreiben,

in denen ihre Opfer schwer verletzt und in panischer Angst die letzten Minuten oder gar Stunden ihres Lebens verbringen müssen. So beschreibt ein Jäger, dass er, nachdem er einen Fuchs auf das Schwerste verletzt hatte (Brustdurchschuss und Zerstörung eines rechten Beins), schließlich nach über vier Stunden (!) mit seinem Kumpan die Nachsuche angetreten hat, die mit dem Erstechen des Fuchses endete.

Das andere Auffällende ist die Fachsprache der Jäger, die voller Beschönigungen für grausige Zustände ist. Damit stellt ihre Sprache die Frevelhaftigkeit des jägerischen Tuns erst recht bloß. Beispiele: Blut wird „Schweiß“ genannt, angeschossen heißt „schwer krank“, zustechen nennen sie „abnicken“. Das Wort „töten“ gibt es in der Jägersprache nicht.

In einigen Beiträgen findet sich Kritik von Jägern an ihren Kollegen. Angeprangert werden Verstöße gegen die Unfall-Verhütungs-Vorschriften, gegen das Jagd- und das Tierschutzgesetz. Bei den Bewegungsjagden („Drückjagden“ und „Treibjagden“) werde oft rücksichtslos und schlecht geschossen, aus allen Richtungen, auf alle Entfernungen. Von „richtigem Hass“ auf Wildschweine ist die Rede. Dann wird beschrieben, dass ganze Rotten durch elektrische Zäune an der Flucht gehindert und in einem Kugelhagel niedergemetzelt werden. Diese fehlende „Waidgerechtigkeit“ widert sogar manche Jäger an. Und die bekanntwerdenden selbstverschuldeten Verletzungen und Todesfälle unter den Jägern bestätigen diese Einschätzung.

In der Jägerzeitschrift *WILD UND HUND* Nr. 24/2003 wurde in einem Artikel mit der Überschrift „Keine Angst vor der Lust“ über die Doktorarbeit des Jägers Günter Kühnle berichtet. Dieser kommt zu dem Schluss, dass die Jäger mit dem Töten von Tieren die Angst vor dem eigenen Tod durch Beherrschung der Natur bekämpfen. Weitere Ergebnisse dieser Doktorarbeit, bei der Kühnle tausend Personen, Jäger und Nichtjäger, miteinander verglichen hat: Jäger jagen nicht aus Nützlichkeit.

Mit der Ökologie haben sie nichts am Hut, aber Gefühlsmenschen sind sie allesamt. Sie sind stärker aggressionsgeleitet und stärker durch Beherrschungsstreben allgemeiner Art bestimmt.

Der Biologe und Jagdkritiker Kurt Eicher aus Heilbronn hat auf seiner Internetseite www.natur-ohne-jagd.de Reaktionen von Jägern zusammengestellt. Hieraus drei Beispiele: „Ihr seid solche Idioten, wie es keine zweiten gibt. Die Jagd ist aktiver Naturschutz ... Ich mag Nazis nicht, aber bei euch mag ich sie, denn ihr gehört alle ins KZ!“ – „Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, sich in ärztliche Behandlung zu begeben, bevor Schlimmeres passiert. Möglicherweise muss man Ihnen den Fangschuss antragen. Waidmansheil!“ – „Wir haben schon anderen Tierschützern die Bremsschläuche durchgeschnitten, die können jetzt nichts mehr sagen.“ Sicherlich hat nicht jeder Jäger soviel kriminelle Energie, aber ebenso sicher scheint mir, dass die Jägervereinigungen Sammelbecken für gefährliche Individuen sind.

Am 24.09.2006 erreichte die Redaktion der Internetseite www.tatort-wald.de die E-Mail eines ehemaligen Jägers, der nach zwölf Jahren Mitgliedschaft aus seinem Jägerverein ausgetreten war. Aus Angst vor totaler Isolation in seinem kleinen Wohnort wollte er anonym bleiben. Nachdem er zunächst die Lüge der Jäger, dass sie Naturschützer seien, mit Argumenten widerlegt hatte, äußerte er sich am Schluss über die Mentalität der Jäger. Er schrieb: „Die Jägerwelt ist viel schlimmer, als man es sich vorstellen kann. Ein wahrer Jäger wirst du nicht mit der Absolvierung des Lehrganges und der Prüfung, sondern wenn du das Tier nur noch als ein Ding siehst und dann, wenn du es getötet hast, es Ansehen bei anderen Menschen bringt, dein Selbstbewusstsein anhebt und Neid bei Kollegen verursacht, wenn du bereit bist, wegen der Jagd die Familie, die Arbeitspflichten und dich selbst zu vernachlässigen, wenn Verleumdungen, Heuchelei und Alkohol zu deiner Stärke werden oder zumindest dir nicht fremd sind, wenn dich

die Schmerzen und die Qual der Tiere nicht mehr berühren.“

Unsere Bundesrepublik hatte zu Beginn ihrer Geschichte einen Präsidenten, der dem Volk noch etwas Richtungsweisendes zu sagen hatte. Theodor Heuss brachte es mit den Worten auf den Punkt: „Jagd ist nur eine feige Umschreibung für besonders feigen Mord am chancenlosen Mitgeschöpf. Die Jagd ist eine Nebenform menschlicher Geisteskrankheit.“



Torsten Pasler

Foto: Beate Häberle

Dr. Karl-Heinz Loske, mit fünfzehn Jahren zum Jagdhelfer gemacht und mit großem Insider-Wissen ausgestattet, kommt in seinem Buch „Von der Jagd und den Jägern“ zu einem ähnlichen Ergebnis. Zwar sieht er, dass jeder Jäger anders ist und man sehr in die Tiefe gehen muss, um den gemeinsamen Nenner zu finden. Doch dabei wird für ihn klar, dass Jäger psychisch erkrankt sind. Vermutlich schon in der Kindheit wurden ihre Seelen deformiert. Durch die Jagd suchen sie nach Macht, Lustgewinn, Prestige, Vergnügen und Selbstbestätigung, kurz gesagt nach sich selbst. Jäger hungern nach Anerkennung. Sie wollen klüger, besser und tüchtiger sein als ihre Beute und die anderen Jagdfreunde. Viele Jäger nutzen die Jagd zur Sublimierung von Ängsten, Unsicherheit, Frustration und mangelndem Selbstbewusstsein. Nur für einen Moment der Sieger sein, der Macht über Leben und Tod hat. Das ist der Lohn des Jägers, der für sein kleines Ego ein Tier erlegt. Jagd ist eine Art Kampf

gegen sich selbst, der auf diese Weise aber nicht gewonnen werden kann. Minderwertigkeit und Geltungsstreben sind die zentralen Motive der Jäger.

In den Jägern wirkt ein uraltes Männlichkeits-Ideal nach, das nach Beherrschung und Manipulation der

Umwelt strebt. Unerwünschte eigene seelische Tendenzen werden nach dem Sündenbock-Prinzip auf andere projiziert.

Erst wenn der einzelne Jäger lernt, sich mit dem inneren kleinen und ängstlichen Kind auseinanderzusetzen und seine verdrängten weib-

lichen Anteile anzunehmen, das Annehmen von Schwäche und Sanftheit als wahre Stärke zu begreifen, hat er die Chance, aus der Kraft seiner Mitte heraus Frieden mit der Erde zu schließen und zum Beschützer des Lebens, zum „Edlen Krieger“ zu werden.

Landtagswahl in Baden-Württemberg

Silke Bitz, Dipl.-Biol. Fachreferentin

Am 27. März 2011 wurde in Baden-Württemberg der neue Landtag gewählt. (Das Ergebnis stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.) Für den Tierschutz könnten hier die Weichen für eine bessere Zukunft gestellt werden. Es war daher sehr wich-

tig, genau zu ermitteln, ob und welche Aussagen die Parteien zum Tierschutz treffen. Gemeinsam mit unserem Bundesverband haben wir deshalb als Erstes einen Fragenkatalog, so genannte „Wahlprüfsteine“, erarbeitet und am 20.01.2011 an die vier im Landtag vertretenen Parteien versandt. Zusätzlich haben wir *Die Linke*

angeschrieben, da für sie in diesem Jahr gute Chancen bestehen, die 5 %-Hürde zu überspringen und ebenfalls in den Landtag einzuziehen. Außerdem gehört sie bereits dem Bundestag an.

Nachstehend listen wir in Kurzform die angefragten Themen auf:

- Frage 1 befasste sich mit der Tierschutz-Verbandsklage: ob die Partei dieser in Baden-Württemberg zustimmen würde.
- Frage 2 betraf das Thema Tierversuche, insbesondere die Abschaffung der Tübinger Affenversuche, die Förderung tierversuchsfreier Methoden sowie die Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie.
- Frage 3 beinhaltete die „Nutz“tierhaltung. Inwieweit sollen Landwirten finanzielle Förderungen für umwelt- und tiergerechte Haltungsverfahren angeboten werden?
- Frage 4 behandelte die so genannte Kleingruppenhaltung von Hennen, die wir aus Tierschutzgründen ablehnen. Sollen ab April 2012 „Lege“hennen ausschließlich in Freiland-, Boden- und Volièrenhaltung gehalten werden dürfen?
- Frage 5 richtete sich an den/die Nennung eines/r Kandidaten/in und die Funktion eines/r tierschutzpolitischen Sprecher/in.
- Frage 6 beschäftigte sich damit, ob und welche Fortschritte im Tierschutz der Partei in der nächsten Legislaturperiode besonders wichtig sind und wie diese Ziele erreicht werden sollen.

In unserem Schreiben an die Parteivorsitzenden gaben wir bekannt, dass wir die Antworten auf unseren Internetseiten veröffentlichen würden. Damit sollen interessierte WählerInnen über die Tierschutzvorhaben der Parteien, die auch im Bundestag vertreten sind, informiert werden.

Die jeweiligen Antworten können Sie auf unserer Internetseite sowie auf der unseres Bundesverbandes nachlesen unter:

www.tierschutzwatch.de.

Die Antworten der Parteien gingen nur sehr zögerlich bei uns ein, da natürlich auch andere Interessengruppen derartige Wahlprüfsteine an die Parteien sendeten.

Als nächstes haben wir die nach und nach veröffentlichten Wahlprogramme der Parteien auf tierschutzrelevante Inhalte durchgesehen und die wesentlichen Aussagen in Form eines Flugblattes zusammengestellt,

das wir auf unsere Internetseite gestellt und an unseren Infoständen zur Unterstützung der Bürger bei ihrer Wahlentscheidung verteilt haben.

Damit die getroffenen Aussagen und Wahlversprechungen der Parteien zum Tierschutz kontrolliert werden beziehungsweise wir die Parteien an ihre Vorhaben zum Tierschutz erinnern können, drucken wir das Ergebnis nachstehend ab:

Wahlaussagen der Parteien

CDU:

- Fühlt sich dem Tierschutz besonders verpflichtet
- Will sich für eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung einsetzen
- In der Nutztierhaltung soll der Tierschutz im Einklang mit der Wirtschaftlichkeit vorgebracht werden
- Zur Verringerung von Tierversuchen soll die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter gefördert werden
- Tiertransportzeiten in der EU sollen weiter begrenzt werden

SPD:

- Für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik
- Stärkung der Landwirte durch Direktvermarktung/genossenschaftliche Vertriebsformen; zur Qualität gehört auch der Tierschutz
- Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutzstandards auf dem hohen deutschen Niveau
- Novellierung des Landesjagdgesetzes; Jäger sollen verpflichtet werden, den Wildbestand so zu regulieren, dass die Begründung naturnaher Mischbestände ohne Schutzmaßnahmen möglich ist

Bündnis 90/Die Grünen:

Leitidee: Auch Tiere haben Rechte

- Respektvoller und ethisch verantwortbarer Umgang mit den Tieren
- Tierschutzpädagogik in Kindergärten und Schulen stärken
- Baden-Württemberg soll im Bundesrat aktiv für einen besseren Tierschutz in Deutschland und in der EU eintreten
- Einführung eines Verbandsklagerechts
- Einrichtung der Stelle einer/s Landestierschutzbeauftragten (weisungsfrei)
- Artgerechte und qualifreie Tierhaltung. In der Landwirtschaft muss jede Art von quälender Haltung – vor allem die Massentierhaltung – beendet werden
- Tierische Produkte sollen Angaben zur Haltungsform enthalten / Tierschutzsiegel für artgerechte Haltungsformen
- Fördermittel nur für artgerechte und qualifreie Haltungsformen
- Tiertransporte sind besser zu kontrollieren und auf maximal sechs Stunden zu begrenzen
- Bei der Schlachtung höhere Standards und durchgehende Kontrollen
- Die Haltung, das Mitführen und die Verwendung von Wildtieren in mobilen Zirkusbetrieben sowie ihre Dressur sollen beendet werden
- Verschärfung der Richtlinien für die Zootierhaltung mit konkreten Haltungsvorschriften für Wildtiere
- Verbot der Haltung von Tieren zur Pelzgewinnung
- Heimtiergesetz mit Mindestanforderungen an die Haltung, Zucht und den Handel
- Verbindliche Richtlinien für Tierbörsen festlegen
- Private Haltung von exotischen und potenziell gefährlichen Tieren durch Positivliste restriktiv regeln
- Wo immer möglich, Abschaffung der Tierversuche und Einsatz alternativer Methoden (Ziel: jährliche Reduzierung um 10 Prozent)
- Versuche an Primaten innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens beenden
- Mehr Forschungsmittel für tierversuchsfreie Forschung sowie transparentere und verschärfte Genehmigungs- und Kontrollpraxis für Tierversuche
- In Schulen, Mensen und öffentlichen Kantinen sollte über vegane und vegetarische Ernährung aufgeklärt werden
- Vegetarische und vegane Ernährung müssen als vollwertige Ernährungsformen anerkannt werden
- In allen öffentlichen Kantinen und Mensen sollen alternativ vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden
- EU-Agrarsubventionen müssen z.B. auf leistungsbezogene Umweltprämien umgeschichtet und alle Förderprogramme im Land an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. Landwirte müssen für eine ökologische und nachhaltige Bodenbewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung und für ihren Einsatz bei der Pflege der Kulturlandschaft einen wirtschaftlichen Anreiz erhalten
- Statt Zuschlägen für Umweltleistungen soll es Abschläge geben, wenn Umweltstandards nicht erfüllt werden
- Die Fallenjagd sowie der Abschuss von Haustieren sollen im Jagdgesetz verboten werden; keine Verwendung lebender Tiere bei der Ausbildung von Jagdhunden
- Ausweitung der Schonzeiten für bedrohte Tierarten. Ihre Bejagung und Vergrämung ist unter Umständen vollständig zu untersagen
- Prüfen, ob ein Verbot der Bleischrotmunition bei der Wasservogeljagd auch auf die Landjagd und auf andere bleihaltige Munitionsarten auszudehnen ist
- Für ein gentechnikfreies Baden-Württemberg: Kennzeichnung aller Lebensmittel – inklusive Eier, Fleisch und Milch von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden

FDP:

- Landwirtschaft in Baden-Württemberg hinkt im Vermarktungsbereich den Verhältnissen in anderen europäischen Ländern hinterher. Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit muss die einzelbetriebliche Investitionsförderung erhalten werden. Dabei ist das Programm auf innovative Entwicklungsschritte im Tierhaltungsbereich sowie im Garten- und Obstsektor zu beschränken
- Das inzwischen erreichte Niveau beim Tierschutz ist in Baden-Württemberg sehr hoch. Es wird kein neuer Handlungsbedarf gesehen und zur Planungssicherheit der tierhaltenden Betriebe dürfen nicht im Jahresrhythmus neue Regelungen geschaffen werden

- Ein ständiges Überprüfen des bestehenden rechtlichen Rahmens an neue gesellschaftliche Anforderungen im Interesse des Tierschutzes ist aber notwendig

Die Linke:

- Einsetzen für nachhaltige Landwirtschaft
- Agrarsubventionen nur für Familienbetriebe/Genossenschaften, die den Anforderungen an umwelt- und tiergerechtes Wirtschaften genügen
- Regionale Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung
- Tiertransporte so weit wie möglich einschränken
- Keine Gentechnik in der Landwirtschaft, kein Import genmanipulierter Produkte

Trotz des enormen Arbeitsaufwandes, der mit der Auswertung der Wahlprogramme, der Erstellung und dem Versand der Fragen, dem Ein-

richten der Internetseite mit Aktionsaufruf sowie der Auswertung der Antworten verbunden ist, ist es wichtig, den Politikern zu zeigen, dass der

Tierschutz keine Nebensache ist, sondern ins Zentrum des politischen Geschehens gerückt werden muss.

Faschingsumzug in Stuttgart am 08.03.2011

Xenia Hoffmann, AG Stuttgart

An diesem sonnigen Märztag hatte sich eine große Menschenmenge in der Stuttgarter City versammelt, um an dem tollen Faschingsumzug teilzuhaben. Groß und Klein standen neugierig dicht gedrängt an den Zäunen, um das muntere Treiben aus der Nähe beobachten zu können.

Die Tierschutzorganisation *PeTA* hat wie im letzten Jahr an dem Um-

zug mitgewirkt und ihre Aktivist:innen als Tiere verkleidet: Löwe, Huhn, Fisch, Hund, Eisbär, Kuh, Gorilla, Schwein, Pferd und „Versuchs“-kaninchen. Mein Sohn Jason und ich wählten das Kaninchen. Unter dem Kostüm war es richtig heiß. Schade war, dass wir darin kaum etwas sehen konnten und große Mühe hatten, uns beim Gehen zurecht zu finden. Um uns orientieren zu können, mussten wir deshalb gelegent-

lich den Kostümkopf abnehmen.

Wir Tiere hatten Tafeln mit Slogans zum Tierschutz um den Hals gehängt oder trugen die Plakate in den Händen. Auf unserem Weg durch die Innenstadt verteilten wir zudem Flugblätter, mit denen wir über die vielen von Menschen verursachten Tierqualen informieren konnten. Es ist unglaublich, aber wir konnten bei diesem Faschingsumzug viele Menschen auf den Tierschutz ansprechen.



Links: Xenia und Jason Hoffmann

Fotos: Anja Högele (PeTA)

Konstanz pelzfrei

Dagmar Oest, Vorstandsmitglied

Nach Köln, Stuttgart und Baden-Baden fand in diesem Jahr zum ersten Mal *Konstanz pelzfrei* statt. Mit viel Engagement hatten sich einige junge Tierrechtler aus Konstanz entschieden, den Pelzträgern/innen die rote Karte wegen Tierquälerei der Mode Willen zu zeigen. Doch so eine Veranstaltung will geplant sein und muss genehmigt werden. Eigentlich kein Problem, doch die Behörden in der Bodenseestadt taten ihr Möglichstes, diese Veranstaltung zu behindern. Obwohl bereits lange genehmigt, wurde es plötzlich untersagt, auf dem Marktplatz Infostände aufzubauen, vorgeblich wegen der bevorstehenden Landtagswahl. Deshalb musste kurzfristig einiges in der Planung geändert oder ganz gestrichen werden. So musste auch der Klavierspieler entfallen, der die Passanten musikalisch auf das Geschehen aufmerksam machen sollte.

Trotz aller Widrigkeiten wurde es eine beeindruckende Veranstal-

tung gegen die grausame Haltung und Tötung von „Pelz“-tieren. Auf einem großen Banner durften Passanten ihre Gedanken zum Thema Pelztragen aufschreiben; davon wurde auch reger Gebrauch gemacht. Unser präparierter Fuchs in der Schlagfalle wurde mit Erschrecken und Entsetzen betrachtet. Peete von *Konstanz pelzfrei* machte in seiner Rede die Gräueltaten der Pelztierhaltung deutlich. Millionen von Füchsen, Nerzen, Chinchillas, Nutrias und Iltissen müssen unter schrecklichen Bedingungen ihr kurzes Dasein in kleinen Drahtkäfigen in Pelzfarmen verbringen oder werden in Fallen zu Tode gequält. Der nicht minder grausame Tod durch Erstickung im Gas oder durch Stromschläge dürfte für die meisten dieser armen Geschöpfe fast eine Erlösung sein. In China, woher fast 90 % der Pelze kommen, sind die Tötungsmethoden die grausamsten. Die Tiere werden kaum betäubt, ihnen wird oft noch bei lebendigem Leib das Fell abgezogen.

Mit dem Verteilen von Infomate-

rial und vielen Gesprächen mit interessierten Menschen, die auch unsere Unterschriftenlisten unterschrieben, verging dieser Nachmittag wie im Fluge. Auch wenn bereits Frühlingswetter herrschte, in dieser Jahreszeit entscheiden die Einkäufer der Bekleidungshäuser, was eingekauft und im Herbst die Schaufenster füllen wird.

Zum Ende der Veranstaltung wurde unser Fuchs zusammen mit dem beschriebenen Banner am dortigen Pelzgeschäft niedergelegt, in dessen Schaufenstern all die qualvoll entstandenen Pelz-Produkte hübsch dekoriert auf herzlose KäuferInnen warten. Es war sehr ergreifend, wie einer nach dem anderen, darunter auch Passanten, bei ihm eine Kerze niederlegte und anzündete. In einer Schweigeminute gedachten wir dem unendlichen Leid der Tiere, das leicht zu vermeiden wäre, gäbe es nicht so viel Egoismus und Eitelkeit. Manche Leute haben bedauerlicherweise immer noch nicht begriffen, dass das einzige Wesen, das Pelz tragen darf, das Tier selbst ist!



Fotos: Dagmar Oest

Unsere facebook-Seite

Evi Gatz, AG Stuttgart

Dieses Jahr bin ich seit 20 Jahren Vereinsmitglied. Allerdings entschied ich mich erst im Januar 2010, selbst aktiv zu werden. Nach einem Telefonat mit der Vorsitzenden habe ich mich zunächst in den *Informationsverteiler* eintragen lassen, um E-Mail-Proteste unterschreiben und mich über die aktuellsten Tierschutznachrichten und Hintergründe informieren zu können. An der Osteraktion betreute ich dann erstmals einen Infostand.

Durch den Infoverteiler stieß ich auf das soziale Netzwerk *facebook*. Dort treffen sich Gleichgesinnte im Internet und tauschen sich online aus. Innerhalb weniger Wochen hatte ich jede Menge „*facebook*-Tierschutz-Freunde“ gefunden.

Das führte mich zu der Überlegung, ob ich nicht im Vereinsnamen eine „Fan-Seite“ einrichten und betreuen sollte. Da ich mir zwischenzeitlich viel Wissen angeeignet hatte, um die Seite eigenständig führen zu können, stimmte der Vorstand meinem Vorschlag sofort zu. Am 27.09.2010 gingen wir dann online!

Ich veröffentliche dort neue Beiträge von der Vereins-Internetseite, setze Links auf Medienberichte, die Tierquälereien aufdecken oder kritische tierschutzrelevante Kommentare bringen. Ich stelle auf *facebook* Petitionen aus aller Welt gegen Grausamkeiten an Tieren, Bilder und Videos ein. Aber auch Veranstaltungstermine, Besinnliches oder Nachdenkliches zum Fleischkonsum oder zum Umgang mit „Nutz“tieren sind dabei. Jedoch achte ich darauf, dass auch schöne Bilder und positive Nachrichten enthalten sind.

Einige der Beiträge, die ich dort einstelle, werden dann von unseren Fans „geteilt“, das bedeutet, sie verbreiten diese anschließend auf ihren eigenen Seiten. Auch dort kann jeder sehen, dass der Beitrag von uns stammt, und so können auch deren „*facebook*-Freunde“ auf unsere Seite aufmerksam werden.

Der schönste Teil meiner Arbeit ist für mich der direkte Kontakt mit den „Fans“. Sie können Beiträge kommentieren und ich kann dann im Vereinsnamen oder auch privat darauf eingehen.

Im Tierschutz wird man oftmals mit schrecklichen und grausamen Tatsachen konfrontiert. Auch wir müssen solche Informationen veröffentlichen, um die Menschen auf das Tierleid aufmerksam zu machen und damit wir gemeinsam Abhilfe schaffen können. Um die unglaubliche Belastung auszuhalten, versuche ich jedoch, einen Ausgleich zu schaffen. Deshalb gibt bei uns nicht nur TV-Tipps zu Fernsehbeiträgen, die sich mit Tierqual befassen, sondern häufig auch zu Sendungen, die über die faszinierende Tierwelt berichten.

Außerdem habe ich zu Beginn und zum Abschluss eines Tages ein nettes Ritual eingeführt: Es werden von mir NUR schöne Beiträge veröffentlicht. Dazu gehört schon mal ein amüsantes Video oder ein niedliches oder lustiges Tierfoto. Ich bin überzeugt, dass solche wichtig sind für die Menschen, die sich für Tiere engagieren, denn sie geben Kraft und machen Mut, um mit dem täglichen Leid fertig zu werden. Die Mischung aus Informationen und hübschen Beiträgen scheint genau das Richtige zu sein, denn inzwischen haben wir

eine „Fan“-Gemeinde von 1.400 „*facebook*-Freunden.“ Ich freue mich jeden Tag aufs Neue, dass unsere Seite so beliebt ist!

In den letzten Tagen gingen unter anderem diese Kommentare ein:

„Ich möchte euch ein besonders dickes Kompliment machen, das euch von vielen andern Organisationen abhebt, nämlich, dass ihr den Tag positiv beginnen und positiv zu Ende gehen lasst! ... Weiter so!“ Oder: „Ich mag Eure Seite sehr, vor allem, weil sie so gut wie keine Gräuelbilder bringt, die – egal wie gut gemeint – mit der Zeit nur die Fans verschrecken. Ihr aber platziert trotzdem alle wichtigen Themen so, dass der Handlungsbedarf deutlich wird und immer wieder gangbare Alternativen zu herrschenden Zuständen aufzeigt.“ Eine weiteres Lob: „Ihr macht einen klasse Job! Meiner Meinung nach eine der besten Seiten hier!“

Wenn Sie auf unsere *facebook*-Seite schauen wollen, dann geben Sie bitte unsere Internetseite www.tierrechte-bw.de ein. Unten rechts klicken Sie das *facebook*-Zeichen an. Falls Sie einen Kommentar abgeben wollen, müssen Sie sich allerdings anmelden.



Unsere „Profil-Maus“
auf der *facebook*-Seite

Zitat von George Bernard Shaw (1856 - 1950)

Solange die Menschen Tiere quälen, foltern und erschlagen, werden wir Krieg haben. Wie können wir irgendwelche idealen Zustände auf Erden erwarten, wenn wir die lebenden Gräber getöteter Tiere sind?

Wenn ich einst sterbe und mir all die Tiere, die ich nicht gegessen habe, das letzte Geleit geben, wird es ein großer und schöner Trauerzug werden.

<< **Einladung zur Mitgliederversammlung** >>

Sonntag, 29. Mai 2011, 11:00 – ca. 15:00 Uhr

Stuttgart-Innenstadt, Rotebühlplatz 28, im „Treffpunkt Rotebühlplatz“

3. Stock, Raum A3.02/3.03

Öffentliche Verkehrsmittel: S-Bahn (ab Hauptbahnhof) Linie 1-6, SSB Linie 2, 4 und 14 (Haltestelle Stadtmitte)

- TOP 1: Begrüßung
- TOP 2: Bericht des Vorstands und der AG-Leiterinnen
- TOP 3: Vortrag des Kassenberichts
- TOP 4: Bericht der KassenprüferInnen
- TOP 5: Entlastung des Vorstands
- TOP 6: Satzungsänderung
- TOP 7: Sitzungsgemäße Neuwahlen des Vorstands und der KassenprüferInnen
- TOP 7: Anträge
- TOP 8: Diverses

Gegen 13 Uhr gemeinsamer vegetarischer/veganer Imbiss.

Anträge erbitten wir bis 15. Mai an unsere Geschäftsstelle.

Wegen der Raumreservierung und eventueller Änderung ist Ihre telefonische oder schriftliche Zusage ebenfalls bis 15. Mai mit Angabe Ihrer Telefonnummer oder E-Mail-Anschrift erforderlich, damit wir uns gegebenenfalls mit Ihnen in Verbindung setzen können.

Satzungsänderung

Unsere Satzung wurde zuletzt am 02.07.2000 geändert. Sie soll aktualisiert, teilweise konkretisiert und den neuesten gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden. Beispielsweise ist in unserer Satzung noch der alte Name unseres Bundesverbandes enthalten, der sich zwischenzeitlich in *Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.* umbenannt hat. Die Nummerierung der Paragraphen ändert sich teilweise.

Die wichtigsten Änderungen sind:

Alte Satzung	Neue Satzung
§ 3 Zweck und Zielsetzung 2. ... - Aufklärung der Öffentlichkeit über die Versuchstierforschung ...	2. ... Aufklärung der Öffentlichkeit über Tierversuche ...
Bisher nicht enthalten	- Förderung des Vegetarismus/Veganismus
- Verbot der Genmanipulation am Tier und ihre patentrechtliche Nutzung	- Verbot der Genmanipulation am Tier und der Patente auf Tiere
- Abschaffung der Nutztierhaltung von Wild-, insbesondere Pelztieren	- Abschaffung der sogenannten Nutztierzucht und -haltung einschließlich Wild- und insbesondere Pelztiere
3. ... Bisher nicht enthalten die Zusammenarbeit mit Vereinigungen gleicher Zielsetzung.	3. ... und durch Einwirken auf politische Gremien verwirklicht die Zusammenarbeit mit Vereinigungen ähnlicher Zielsetzung.

<p>§ 4. Mitgliedschaft 3. ... wenn es den Vereinszweck oder die Tierschutzbestrebungen schädigt. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand einstimmig.</p>	<p>3. ... wenn es den Vereinszweck oder die Tierschutzbestrebungen schädigt oder aus einem anderen wichtigen Grund. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.</p>
<p>§ 5 Mitgliedsbeiträge 1. Die Mitgliedsbeiträge werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. ...</p>	<p>1. Die Mindestbeiträge für natürliche Personen werden von der Mitgliederversammlung festgelegt. ... Die Mitgliedsbeiträge für juristische Personen und Vereine werden vom Vorstand festgesetzt.</p>
<p>§ 7 Mitgliederversammlung 1. ... - Die Aktionsgruppen-LeiterInnen haben ein Vorschlagsrecht für die Wahl ihres(r) Vertreters(in)</p>	<p>1. entfällt (nicht mehr relevant – s. Vorstand § 9)</p>
<p>§ 9 Vorstand 1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus der/dem Vorsitzenden Zwei Stellvertretenden Vorsitzenden Vertreterin der Aktionsgruppen-LeiterInnen SchatzmeisterIn Schriftführerin</p>	<p>§ 8 Vorstand 1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus der/dem Vorsitzenden zwei Stellvertretenden Vorsitzenden dem/der SchatzmeisterIn mindestens zwei, höchstens vier weiteren stimmberechtigte Mitgliedern.</p>
<p>7. Bisher nicht enthalten</p>	<p>7. Der Verein stellt Vorstandsmitglieder im Innenverhältnis von ihrer persönlichen Haftung gegenüber Dritten frei. Dies gilt nicht bei vorsätzlichem oder fahrlässigem Handeln des Vorstandsmitglieds.</p>
<p>Bisher in der Satzung nicht enthalten. Näheres hierzu war nur in der Geschäftsordnung festgelegt.</p>	<p>§ 9 Aktionsgruppen - Aktionsgruppen bilden Untergliederungen des Vereins. Sie tragen zur Entwicklung und Umsetzung der Vereinsziele bei. Ihre Arbeitsweise ist an Satzung und Vorstandsbeschlüsse gebunden. Die Aktionsgruppen wählen jeweils ein Vereinsmitglied als LeiterIn, der/die vom Vorstand anerkannt werden muss. Die Aktionsgruppen-LeiterInnen sind gegenüber dem Vorstand für ihre Gruppe verantwortlich.</p>
<p>§ 8 Erweiterter Vorstand 1. Vorstand und Aktionsgruppen-LeiterInnen bilden den erweiterten Vorstand.</p>	<p>§ 10 Erweiterter Vorstand 1. Die Aktionsgruppen-LeiterInnen gehören dem erweiterten Vorstand an. Sie beraten den Vorstand und werden zu wesentlichen Fragen der Vereinsarbeit hinzugezogen.</p>
<p>2. Der erweiterte Vorstand beschließt im 1. Quartal des Geschäftsjahres einen Finanz- und Aktionsplan. ...</p>	<p>Entfällt</p>

Die bisherige Satzung und den kompletten Entwurf der neuen können Sie gern von unserer Geschäftsstelle anfordern.

In eigener Sache

Bitte denken Sie daran, uns bei einem Wohnungs- oder Bankwechsel zu benachrichtigen. Wir haben auch in diesem Jahr wieder Postrückläufe und Rückbuchungen wegen Nichteinlösung oder Kontowechsel erhalten. Das Nachforschen kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Sicherlich möchten auch Sie das vermeiden.

Veröffentlichte Leserbriefe unserer Aktiven

Fleischkonsum vernichtet Regenwald

Udomar Rall, Nürtingen. Zum Artikel „Soja – Wundermittel oder gefährliche Bohne?“ vom 9. Dezember. Der Artikel erweckt einen völlig falschen Eindruck beim Leser, so als sei der Verzehr von Sojaerzeugnissen durch Menschen schuld an der Zerstörung des Regenwaldes. Das ist grundsätzlich falsch. Erst in den Randinfos kommt sehr spärlich der Hinweis, dass 80 Prozent der weltweiten Sojaproduktion an Tiere verfüttert wird. Weitere Mengen werden unmittelbar für verschiedene Industriezweige verwendet, zum Beispiel für „Bio“-Diesel. Für die Ernährung der Menschen mit pflanzlichen Lebensmitteln einschließlich Soja müsste kein einziger Quadratmeter Regenwald vernichtet werden.

Es ist hauptsächlich die Rücksichtslosigkeit, möglichst viel und möglichst billig Fleisch zu konsumieren, welche die Probleme verursacht. Dazu kommen der Unsinn mit dem Biosprit und die Nachfrage einer umsatzgierigen Nahrungsmittel- und Kosmetikindustrie. So verlangt zum Beispiel die Lebensmittelindustrie von den Bauern eine Milch, deren Eiweißgehalt unnatürlich hochgeschraubt ist, sodass die Landwirte die Werte in der Regel nur unter massivem Einsatz von Importsoja, gleich Gensoja, als Futter erreichen können. Die Agrarkonzerne kommen ihrem Ziel, die Landwirtschaft vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, immer näher durch Mithilfe von Politikern und Industrie.

Die Rodung der Regenwälder ist nicht die einzige katastrophale Folge des hemungslosen Fleisch- und Milchkonsums. Einen großen Teil der Klimaschäden verursacht die Tierhaltung durch Methangase und Energieeinsatz für Erzeugung und Transport von Futtermitteln. Dazu kommen die Verseuchung der Böden durch Monokulturen mit Giften und unkalkulierbare Risiken mit der Gentechnik, die erst durch den exzessiven Anbau von Futtermitteln ihren Auftrieb erhielt. Was noch schlimmer ist: Mitten unter uns in Europa herrscht das tägliche Grauen in der Massentierhaltung, ein Verbrechen gewaltigen Ausmaßes, das von den Verbrauchern verdrängt wird. Kindern dürfen die schrecklichen Bilder gar nicht gezeigt werden, damit sie keinen Schock bekommen, diese Bilder der Konzentrationslager von heute. Wegschauen ist das Motto. Besonders in der Weihnachtszeit. Das blutigste Fest des Jahres steht wieder vor der Tür.

▲ *Nürtinger Zeitung*, 22.12.2010

▼ *Stiftung Warentest*, 12/2010

CSR Hähnchenbrustfilets 10/2010

Schreckliches Dasein

Zu diesem Beitrag möchte ich Ihnen meinen Dank aussprechen. Sie haben das schreckliche Dasein der Hähnchen und Hühner realistisch in seiner ganzen Grausamkeit beschrieben. Dieses „Wie hat mein Schnitzel gelebt und wie ist es getötet worden“ würde ich mir – natürlich nicht nur von Ihnen – als Einstimmung zu allen Kochrezepten mit Fleisch/Fisch wünschen.

**Dagmar Oest
Freudenstadt**

Brand im Karlsruher Zoo

Schluss mit dem Einsperren

Unser Dank geht an die Redaktion für das den Artikel zum Brand im Karlsruher Zoo begleitende Foto. Darauf war zu lesen: „Für die Tiere, die verbrannt sind und die eingesperrt, die noch leben.“

Vielleicht macht das Bild mehr Menschen nachdenklich. Nachdenklich, was der Zoo eigentlich bedeutet. Nämlich lebenslange Gefangenschaft, lebenslanges psychisches und physisches Leiden, lebenslanges Zuschau-Stellen.

Lasst uns endlich damit anfangen, Kinder für die Freiheit und die Würde von Tieren zu begeistern und die Zerstörung des Streichelzoos nicht als Verlust für die Zoopädagogik mit Kindern zu betrachten, so wie nach dem Brand in Karlsruhe geschehen.

Lasst uns dieses schreckliche Ereignis nutzen, dass das Einsperren von Tieren schon bald nicht mehr gesellschaftlich akzeptiert ist.

**Beate Häberle
Markus Sieker
Bühlerzell**

▲ *Haller Tagblatt*, 20.11.2010

▼ *Nürtinger Zeitung*, 19.02.2011

Nachteile für die Gesundheit

Udomar Rall, Nürtingen. Zum Artikel „Ernährung beeinflusst direkt die Intelligenz“ vom 16. Dezember. Viele Eltern denken immer noch, sie täten ihren Kindern etwas Gutes, wenn sie sie frühzeitig an Fleisch und Wurst gewöhnen. Sie sind sich nicht im Klaren darüber, dass sie damit einen Grundstein legen für mögliche gesundheitliche Nachteile ihrer Kinder und grundsätzlich für eine Belastung der Umwelt und der Gesellschaft, ganz zu schweigen von dem milliardenfachen Leiden von Tieren.

Die Studie der Universität Bristol zeigt deutlich, dass eine ausgewogene pflanzliche Ernährung die Entwicklung des Kleinhirns am besten fördert. Der weit verbreitete Aberglaube, dass das menschliche Gehirn insbesondere durch tierische Proteine leistungsfähiger würde und wird, dürfte damit ein weiteres Mal widerlegt sein.

Der Verbraucher ist gefordert

Udomar Rall, Nürtingen. Zum Artikel „Die Landwirte sind die Leidtragenden“ vom 20. Januar. Er ist nur eine kleine Spitze des Eisberges angesichts eines schizophrenen und in großem Umfang gefühlseisigen Umgangs mit unserem Mitlebewesen Tier, das uns in Wirklichkeit verhaltenmäßig und genetisch viel näher ist, als wir es meist wahrhaben wollen. Schizophren insofern, dass schon allein die Frage „Würden Sie auch Ihren Hund essen?“ allerhöchste Empörung zutage bringt. Der Hund ist Mitglied der Familie und schon fast kein Tier mehr. Als Wegbegleiter und elegante Wesen sind ebenso Pferde beliebt. Sie sind beileibe nicht weniger weit entwickelt als der Hund, wohl eher intelligenter und bestimmt nicht weniger empfindsam. Aber sie landen als Fleischteile in der Auslage von Metzgereien, ebenso wie die gutmütige, aber bestimmt nicht dumme Kuh. Erstickt ein Ruchloser draußen auf der Koppel ein Pferd, spricht man entrüstet von einem Pferdemörder. Massenquälen und -schlachten dagegen ist eine ganz normale Angelegenheit.

Die Gesellschaft akzeptiert sie stillschweigend. Es ist wie im Krieg. Was einzeln Vergewaltigung und Mord ist, wird als Menge unscharf und von einer genügend großen Masse gebilligt. Moralisches Verantwortungsgefühl orientiert sich hier nicht am Leid des Opfers, sondern an dem Konsens in der eigenen Gesellschaft. Im Dioxinskandal wird wieder so getan, als sei ansonsten die ganze Tiernutzung völlig in Ordnung und nur ein paar schwarze Schafe brächten die Futtermittelbranche in Verurteilung. Dabei schlidert die ganze Fleischbranche seit Jahren von einem Skandal zum nächsten, weil Ethik und Moral zu diesem Geschäft absolut nicht passen und nur die Gier nach Profit und Genuss die Szene beherrscht. Es ist ein gutes Zeichen, dass in Deutschland Rassendiskriminierung von Menschen einen schlechten Ruf hat und abnimmt. Gleichzeitig wird aber Rassendiskriminierung in Bezug auf Tiere auf die Spitze getrieben. Wenn ein Tier das Pech hat, als Mastschwein in einer Großanlage geboren zu werden, wird diese Diskriminierung zu seiner persönlichen lebenslänglichen Katastrophe mit einem grässlichen Ende. Küken werden zum Wegwerfartikel. Beim Gänsestopfen schaut man besser nicht zu, sonst vergeht einem der Appetit. Schlachthausbesichtigungen sind bei der Bevölkerung genauso wenig ein Hit wie Feten im Leichenschauhaus. Mit dem Quälen und Töten will man ja nichts zu tun haben. Aber billiges Fleisch will man schon.

Mit massivem Einsatz von Steuergeldern werden seit vielen Jahren die Fehlentwicklung in der Landwirtschaft und die Tierquälerei gefördert, zum großen Nachteil von Umwelt und Gesundheit. Es ist Zeit zum Umdenken. Von der Politik ist nichts zu erwarten. Der Verbraucher ist gefordert. Weniger Fleisch für eine bessere Umwelt.

▲ *Nürtinger Zeitung*, 21.02.2011

ZUM ARTIKEL „HAARIGER JOB FÜR EINE FRÜHERE VEGETARIERIN“
VOM 11. JANUAR

Hässliches Geschäft mit dem Tod

Wo die angeblich zufriedenen Tiere leben, denen das Fell über die Ohren gezogen wird, um zu völlig überflüssigen Luxusprodukten verarbeitet zu werden, bleibt das Geheimnis der Kürschnerin Susanne Plappert-Piller. Mir scheint, dass sie die grausamen Hintergründe des Pelzgeschäftes für sich und potenzielle Kunden schönredet, um ihren Job weiterhin ohne Gewissensbisse ausüben zu können. Ein Film der dänischen Tierschutzorganisation Anima, der 2009 auf Pelzfarmen in Dänemark gedreht wurde, dokumentiert das erbärmliche Leben der Tiere: winzige strukturlose Käfige mit Drahtgitterböden, in denen oft mehrere Individuen zusammengepfercht werden – für die von Natur aus einzeltägig lebenden Tiere mit großem Aktionsradius wie Nerze und Füchse ein entsetzlicher Stress – kranke und verletzte Tiere ohne tierärztliche Versorgung, an den Drahtgittern hängen gebliebe-

ne und abgerissene Krallen, Kadaver von eingegangenen Tieren. Die Folgen dieser Barbarei: eine hohe Jungtiersterblichkeit, Verhaltensstörungen wie Selbstverstümmelung, Kannibalismus, Kindstötungen durch die Mütter und stereotype Bewegungen – zum Beispiel das Schlagen der Köpfe gegen die Käfigwand, monotones Auf- und Abspringen und ständiges sich Überschlagen. Nach achtmonatigem Leidensweg schließlich der Tod durch Genickbruch, Gas, Strychnin oder analen Stromschlag.

Also doch lieber Felle von Wildtieren? Fehlanzeige: Ein großer Teil der Pelze stammt aus Alaska, Kanada und Russland. Dort wird noch heute mit sogenannten Tellereisen beziehungsweise Abzugeisen gejagt – für die gefangenen Tiere eine schreckliche Quälerei: gebrochene, verrenkte oder abgeissene Gliedmaßen, tiefe Fleischwunden, Panik, Hunger, Durst – ein oft tagelanger Todeskampf. Viele der jährlich 600 Millionen in Fangereisen gefangenen und getöteten Tiere leiden und sterben übrigens völlig umsonst. Sie sind Beifänge – „Abfall“ im hässlichen Geschäft mit dem Tod für die Eitelkeit der Menschen.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote*, 20.01.2011

ZUM ARTIKEL „SATTER ZULAUF FÜR VEGETARIER“ VOM 28. JANUAR

Psychische Belastung für Schlächter

In der Diskussion um die erschreckenden Folgen des massenhaften Billig-Fleischkonsums wird ein Aspekt in der Öffentlichkeit bisher wenig beachtet, nämlich die enormen psychischen Belastungen, denen die Beschäftigten in den Schlachthöfen ausgesetzt sind. Die unmenschlichen Bedingungen der automatisierten Arbeitsabläufe – das Töten im Akkord, der Geruch nach Blut und Exkrementen, die unaufhörlichen Schreie der verängstigten Tiere – führen bei nicht wenigen Arbeitern zu emotionaler Abstumpfung, depressiven Erkrankungen und chronischen Aggressionen, die sich in Gewaltexzessen an den Tieren entladen.

Die US-amerikanischen Dozentinnen für Tierwissenschaften Temple Grandin und Gail A. Eisnitz von der Humane Farming Association dokumentierten die unvorstellbaren Grausamkeiten, die in amerikanischen Schlachthöfen – und sicherlich nicht nur dort – an der Tagesordnung sind. Die Berichte lesen sich wie Szenen

aus einem Horrorfilm: Männer, die Stangen als Baseballschläger benutzen, um kleine Truthähne durch die Luft zu schlagen, die auf Küken herumtrampeln, um sie platzen zu sehen, die lahme Schweine mit Metallrohren verprügeln und ins Brühbad treiben, die Rinder bei vollem Bewusstsein zerlegen, die Elektrotreibstäbe in Rinderaugen stoßen, Schwänze brechen, Lufröhren zerschlagen, Nasen spalten, Augen austechen, Rüssel abschneiden und Fleischhaken in After treiben. Und das alles wird willentlich und in voller Absicht von scheinbar „ganz normalen“ Menschen begangen – wohlgemerkt an unbetäubten Tieren.

Welche Folgen diese nicht enden wollenden Blutbäder und Gewalttätigkeiten für die seelische Gesundheit der Schlächter, für ihre Familien und die Gesellschaft als Ganzes haben, mag ich mir gar nicht ausmalen.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

▲ *Der Teckbote*, 03.02.2011

LESERMEINUNG

Froschschenkel – nein, danke!

Zum Menüangebot an Aschermittwoch

Es werden immer noch Froschschenkel, besonders am Aschermittwoch, als traditionelle Fastenspeise angeboten, auf der Speisekarte oft versteckt neben anderen Fastengerichten. Da sowohl die einheimischen als auch die französischen Frösche unter strengem Artenschutz stehen, kommen diese kulinarischen Abscheulichkeiten hauptsächlich aus Indien, Bangladesch und Indonesien. Bei den angeblichen Zuchten in Frankreich handelt es sich meist um Umetikettierungen, da alle bisherigen Zuchtversuche fehlgeschlagen waren. Dem Ministère de l'Agriculture et de la Pêche sind auch keine registrierten Zuchtbetriebe in Frankreich bekannt. Teilweise werden auch noch lebende Tiere aus Ländern wie die Türkei, Albanien etc. unter grausamen Transportbedingungen nach Frankreich eingeführt und dort getötet.

Diesen Feinschmeckern ist wohl nicht bewusst, was sie da zusammen mit den dünnen Froschschenkeln noch alles zu sich nehmen. Den Tieren werden in den asiatischen Reisfeldern die Beine abgeschnitten und der zuckende Rest weggeworfen. Die Frösche sind dort die wichtigsten Vernichter von Schadinsekten und da auf diese Weise Millionen von Fröschen vernichtet werden, muss verstärkt mit der Chemiekeule nachgeholfen werden. Die Froschschenkel sind daher hoch mit Pestiziden belastet, wie zum Beispiel Aldrin – sogar DDT wird dort noch häufig verwendet. Viele Reisbauern sind an Hautkrebs gestorben.

Aber nicht nur das: Da in diesen Ländern keine geregelte Entsorgung von Abwässern stattfindet, werden diese als willkommenere Dünger in die Reisfelder geleitet, und wen wundert's, dass die Froschschenkel mit Salmonellen- und Fäkalienkeimen verseucht sind. Um sie überhaupt keimfrei und genießbar zu machen, müssen sie mit ionisierenden Strahlen behandelt werden, was nur mit einer EU-Ausnahmegenehmigung erfolgt. Die Bestrahlung ist erforderlich, da eine chemische Konservierung verboten ist und eine Haltbarmachung durch Erhitzen ausscheidet, da das zarte Fleisch dadurch zäh wird. Übrigens muss laut §54 LFGB diese Strahlenbelastung auf der Speisekarte durch Hinweise wie „bestrahlt“ oder „mit ionisierenden Strahlen behandelt“ gekennzeichnet werden. Froschschenkel? – Na dann mal guten Appetit!

Uta Kolb, BUND Ortsgruppe Überlingen/
Owingen/Sipplingen
und unsere AG-Leiterin Bodensee

▲ *Südkurier Konstanz*, 09.03.2011

Verleihung des *Forschungspreises für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch* 2010

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Der mit 25.000 Euro dotierte *Forschungspreis Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch* des Landes Baden-Württemberg wurde am 29.11.2010 vor der Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz im Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz* im Foyer des Großen Sitzungssaals verliehen. Eine Bewertungskommission, der neben Wissenschaftsexperten auch ein Vertreter des Ministeriums und ich als Vertreterin des Tierschutzes angehören, hatte die eingegangenen Bewerbungen nach dem 3R-Prinzip (reduce, replace, refine = reduzieren, ersetzen, verbessern) geprüft, ob sie nach diesen Kriterien einen wesentlichen Beitrag leisten können.

Der Preis wurde für zwei Forschungsarbeiten vergeben.

Methode für die langfristige Auffindbarkeit von Zellen in lebenden Organismen

Angewandt wird dieses bereits patentierte Verfahren in der Neurologie zur Erforschung von Heilungsmöglichkeiten beispielsweise von bösartigen Hirntumoren, den Krankheiten Alzheimer oder Parkinson.

Dabei werden in einer etwa 45-minütigen Narkose die Zellen von Kleintieren mit Gold-Nanopartikeln markiert, die durch ein neuartiges hochauflösendes Röntgenbildverfahren über längere Zeit in den Tieren beobachtet werden können. Um den Krankheitsverlauf sowie Therapiemöglichkeiten zu studieren, werden üblicherweise Tiere zu verschiedenen Zeitpunkten getötet. Durch die Langzeitbeobachtungen kann in Zukunft eine zunehmende Anzahl von Forschungsgruppen auf diesen Ar-

beitsgebieten ihren Tierbedarf erheblich senken, zudem wird bei den Tieren Schmerz und Stress verringert.

Diese Methode reduziert zwar Tierleid, leider unterliegt sie aber immer noch dem alten Denkmuster des Tierversuchs.

Die Preisträgerin ist **Dr. Elisabeth Schültke**, tierexperimentell forschende Ärztin in der Sektion Stereotaktische Neurochirurgie am *Neurozentrum des Universitätsklinikums Freiburg*. Sie entwickelte diese Methode zusammen mit einer Arbeitsgruppe aus Triest (Italien).



Dr. Elisabeth Schültke

Untersuchungen von dopaminhaltigen menschlichen Nervenzellen auf Veränderungen und Schädigungen

Das Ziel der Forschungsarbeit ist die Etablierung eines In-vitro-Modellsystems zur Erforschung und Behandlung von Parkinson. Dabei sollen dopaminhaltige menschliche Nervenzellen auf Veränderungen und Schädigungen untersucht werden, die sowohl genetische Ursachen haben als auch durch Gifte entstehen können.

Bisher werden in der Forschung hierfür meist Nagetiere verwendet. Aber auch Primaten werden bestimmten Nervengiften ausgesetzt, die einen Teil ihres Gehirns zerstören. Die erzeugten Krankheitssymptome sind

den menschlichen zwar ähnlich, im Gegensatz zur Krankheit treten diese jedoch bei den Vergiftungsmodellen schlagartig auf und entwickeln sich dann nicht weiter. Das menschliche Zellsystem ermöglicht nun Messungen, die über die Möglichkeiten des Tierversuchs hinausgehen. Vor allem in der Pharmaindustrie bietet die neue Methode ein großes Potenzial für den Ersatz von Tierversuchen und wird teilweise bereits angewandt.

Der Preisträger ist **Prof. Dr. Marcel Leist**, Inhaber des *Doerenkamp-Zbinden-Lehrstuhls für In-vitro-Methoden zum Tierversuchersatz* an der Universität Konstanz.



Staatssekretärin Gurr-Hirsch und Prof. Dr. Marcel Leist

Fotos: Ingeborg Livaditis

Die Preisverleihung nahm Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch MdL vor. In ihrer Pressemitteilung lobte sie die „herausragenden Forschungsleistungen aus Baden-Württemberg zur Entwicklung von Alternativmethoden für Tierversuche.“

Die Ausschreibung für den Forschungspreis 2011 erfolgte Anfang Januar dieses Jahres.

Der für drei Jahre bewilligte Etat für die Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch ist leider ausgelaufen. Wir setzen uns erneut dafür ein, dass er wieder eingerichtet wird.

Landesbeirat für Tierschutz

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

In den letzten vier Monaten fanden zwei Sitzungen statt.

Sitzung am 29.11.2010

Von Beiratsmitgliedern waren acht Anträge eingebracht worden, die vorab zur Vorbereitung auf die Sitzung versandt worden waren. Unser Verein hatte einen Antrag zur **Aufhebung der Aufstallungspflicht von Geflügel** eingereicht, die seinerzeit beim Ausbruch der Geflügelpest verordnet worden war.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde bekannt gegeben, dass Beiratsmitglied **Ursula Stierle** für ihren langjährigen herausragenden Einsatz für den Tierschutz im Rahmen eines Festakts auf dem Landwirtschaftlichen Hauptfest die **Staatsmedaille in Gold** des Landes Baden-Württemberg verliehen wurde. Herzliche Gratulation! Frau Stierle vertritt im Beirat den *Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.* und ist in unserem Verein zusammen mit Uta Kolb Leiterin der *Aktionsgruppe Bodensee*.

Die Vertreter des Ministeriums berichteten zuerst über die Umsetzung der Beschlüsse aus der vorherigen Sitzung.

Ein Punkt war der **Abschluss von (streunenden) Hauskatzen** durch Jäger. Nach dem baden-württembergischen Jagdgesetz dürfen frei laufende Katzen, die mehr als 500 Meter von einem bewohnten Gebäude entfernt angetroffen werden, von einem Jäger erschossen werden. Nachdem das Ministerium eine Änderung des Jagdgesetzes abgelehnt hatte, wurde es gebeten, ein Gespräch zwischen dem Landesjagdverband und dem Landestierschutzverband zu vermitteln. Dabei sollte durch eine Zusammenarbeit zwischen Jagdpächtern und Tierschützern erreicht werden, dass streunende Katzen nicht getötet, sondern eingefangen werden sollten.

Der Termin fand am 28.10.2010 statt. Der Landesjagdverband sagte

zu, an seine Mitglieder zu appellieren, freiwillig auf den Abschuss von Katzen zu verzichten und die Tierschutzvereine über streunende Tiere zu informieren. Tierschützer sollten die Tiere dann einfangen. Ob dieser Appell in die Praxis umgesetzt wird, wird sich zeigen.

Ein Antrag zur finanziellen Förderung für ehrenamtliche **Igelpflege** in Höhe von 30.000 Euro wurde mit Hinweis auf die erstmalig für die Jahre 2010 und 2011 erfolgte Tierheimförderung mit je 500.000 Euro abgelehnt.

Zum **Schenkelbrand bei Pferden** fasste der Bundesrat eine Entscheidung, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes mit dem Ziel eines Verbots des Heißbrandes vorlegen soll. Baden-Württemberg hat diesem Antrag zugestimmt.

Die Empfehlungen des *Landesbeirats für Tierschutz* zur **Regulierung der unkontrollierten Vermehrung von freilaufenden Hauskatzen** stellte das Ministerium am 01.08.2010 auf seine Internetseite und versandte sie zudem an den Städte- und Gemeindetag. Nach eingehender Diskussion zur Abwägung von Eigentums- gegenüber Allgemeinrecht wird die Landesregierung gebeten im Bundesrat zu beantragen, dass zur Ergänzung von § 16 des Tierschutzgesetzes der folgende Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht wird: „5. gegenüber Haltern und Eigentümern die Unfruchtbarmachung von Tieren anordnen, wenn dies aus Gründen des Tierschutzes, insbesondere zur Verhinderung der unkontrollierten Fortpflanzung, erforderlich ist.“

Zur **Kennzeichnung von Schafen und Ziegen** durch Injektion eines Transponders im Kopfbereich informierte das Ministerium, dass auf die von Tierschützern bemängelte große Ohrmarke nicht verzichtet werden könne. Ein Forschungsprojekt der *Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft* habe ergeben, dass der Transponder nicht zufriedenstellend sei.

Erneut stand die gewerbsmäßige Haltung von **Zucht-, Mast- und Wollkaninchen** auf der Tagesordnung. Am 25.11.2010 fand endlich ein erstes Gespräch zwischen dem Bundeslandwirtschaftsministerium und den Ländern statt. Wie in der letzten Sitzung vereinbart, trug das Ministerium die Bitte des *Landesbeirats für Tierschutz* um ein zweites Gutachten vor.



Bei den Fachdiskussionen wurde festgestellt, dass in der Zucht die Verlustrate der Tiere bis zu 30 % beträgt, in gut geführten Betrieben noch bis zu 10 %. Das sind unhaltbare Zustände und zeigt, wie wenig ein Tierleben geachtet wird!

Aktion: Bitte senden Sie die beigefügte Postkarte mit Ihrem Absender versehen an Bundesministerin Aigner, damit endlich eine Verordnung für die Haltung von Kaninchen erlassen wird.

Eingebracht worden war ein Antrag zur Klärung der **Aufgaben des Landesbeirats für Tierschutz**. Die Tierschutzorganisationen hatten sich vor allem bei der Stellungnahme der Landesregierung zur *EU-Tierversuchrichtlinie* übergangen gefühlt. Die Landesregierung hatte darin einige Verschlechterungen für die Tiere eingebracht und im Zusammenwirken mit anderen Bundesländern und dem *Bundesministerium für Bildung und Forschung* auch durchgesetzt.

In der Diskussion bestand Übereinstimmung, dass der *Landesbeirat* als beratendes Gremium für das Ministerium eingerichtet worden ist, eine Einbindung in das operative Geschäft des Ministeriums ist allerdings

nicht vorgesehen. Der *Landesbeirat* bat das Ministerium, ihm seine Ausarbeitung zur Stellung des *Landesbeirats für Tierschutz* zur Verfügung zu stellen und außerdem das Thema bei der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ein immer wiederkehrendes Thema ist die **Jagdhundausbildung und -prüfung an der lebenden Ente**. Nach gültiger Rechtslage wird die Brauchbarkeitsprüfung nicht durch eine staatliche Verordnung, sondern durch eine Prüfungsordnung des Landesjagdverbandes geregelt. Die Landesregierung wurde aufgefordert, die Bestimmungen der Länder Hessen und Schleswig-Holstein sinngemäß zu übernehmen. Damit sollen lebende Enten nur noch eingesetzt werden, wenn sie in ihrer Flugfähigkeit unbeeinträchtigt bleiben und weder während noch nach der Ausbildung und Prüfung getötet werden.

Der *Landesbeirat* hatte bei der letzten Sitzung um eine bundesweite Umfrage zum **Ibrahim- und Opferfest** gebeten. Dabei sollte der Umfang und die Zahl der gestellten und genehmigten bzw. abgelehnten Anträge auf Schächten festgestellt werden. Die Länder sprachen sich jedoch gegen eine Weitergabe der Informationen aus.

Wie Tierschutzorganisationen bekannt wurde, soll eine Vereinfachung der **Prüfungszulassung für Angelscheine und das Nachtangeln** erfolgen. Der *Landesbeirat* lehnte diese Änderung ab und forderte die Aufrechterhaltung der bisherigen Fischereiverordnung. Außerdem soll es keine Ausnahmegenehmigungen für Touristen in Form von zeitlich befristeten Angelscheinen geben. Das Thema soll bei der nächsten Sitzung erneut behandelt werden.

Zum **Klonen von Säugetieren** führte das Ministerium aus, dass in der praktischen Tierzucht in Deutschland, aber auch in der EU, dieses keine Rolle spielt. Es wird auch künftig in der „Nutz“tierzucht keine Bedeutung erlangen, da andere züchterische Methoden weitaus erfolgversprechender und schneller sein werden. Denkbar sei allerdings, dass wertvolle männliche Zuchttiere von Rindern und Pferden geklont wer-

den, um ihren Samen zu verwenden. In Nordamerika würde das in sehr eingeschränktem Maß praktiziert. Der Nachteil ist, dass damit eine Rückverfolgung an den Nachkommen mit analytischen Methoden nicht möglich ist.

Die Arbeitsgruppe **Tierschutzpreis**, der ich angehöre, hatte am 12.10.2010 die Vergabekriterien überarbeitet. Das Ergebnis wurde in der Sitzung vorgelegt und genehmigt. In unserem letzten Heft informierten wir Sie bereits über diesen Preis. Einsendeschluss ist der 31.05.2011.

Nach der BSE-Krise wurde der Einsatz des **Rückenmarkzerstörers bei der Schlachtung** von Rindern, Schafen und Ziegen verboten. Es war eine Verschleppung von Nervengewebe, in dem BSE-Erreger enthalten sein könnten, befürchtet worden. Auf Grund der deutlich zurückgegangenen Fälle ist eine Diskussion zur Wiedereinführung in Gang, die eine gezielte und rasche Tötung der Tiere ermöglichen würde. Allerdings müsste sowohl das Europäische Parlament als auch der Europäische Rat diesem Vorschlag zustimmen. Das ist derzeit jedoch eher ungewiss, da die Aufhebung des Verbots zu Exportschwierigkeiten führen könnte.

Sitzung am 07.02.2011

Zu Beginn der Sitzung wurde verkündet, dass Beiratsmitglied **Dr. Christoph Maisack**, der die *Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung e.V. (IGN)* vertritt, am 17.01.2011 der **Tierschutzpreis des Landes Rheinland-Pfalz** verliehen wurde. Dr. Maisack ist Richter am Amtsgericht in Bad Säckingen und zusätzlich Richter am Landgericht in Waldshut. Er ist seit vielen Jahren im Tierschutz tätig und vorwiegend mit juristischen Fragen des Tierschutzes beschäftigt. Dr. Maisack ist Mitautor des *Kommentars zum Tierschutzgesetz* (Hirt/Maisack/Moritz) und 1. Vorsitzender der *Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e.V. (DJGT)*, die am 25.04.2010 gegründet wurde. Als Sachverständiger steht er bei Anhörungen in Landtagen und im Bundestag zur Ver-

fügung. Durch sein Fachwissen hat er in den letzten Jahren an den Veränderungen vieler Rechtsvorhaben zum Tierschutz mitgewirkt. Wir gratulieren sehr herzlich!

Die in der letzten Sitzung bereits behandelte (und vom Ministerium abgelehnte) **Kennzeichnung von „Nutz“tieren durch Ohrmarken** bzw. Transponder wurde erneut aufgegriffen. Nach einem Bericht über die dazu bestehende EG-Verordnung wurde die Landesregierung gebeten, wissenschaftliche Untersuchungen zur Transponder-Implantation im Kopfbereich von Schafen und Ziegen zu veranlassen und zu fördern, um einen Ersatz zu der problematischen Kennzeichnung durch Ohrmarken zu schaffen.



Die in der letzten Sitzung beanstandeten Änderungen der Landesfischereiverordnung zur Vereinfachung der **Prüfungszulassung für Angelscheine und das Nachtangeln** wurde zwischenzeitlich vom Ministerium abgelehnt und bis zu diesem Sitzungstermin in den Landtagsgremien nicht behandelt.

Die **Ausschreibung des Tierschutzpreises** Baden-Württemberg (wir berichteten darüber bereits in unserer letzten Ausgabe) erfolgte am 19.01.2011. Die bisherigen Mitglieder der Bewertungskommission wurden nominiert und stellen sich erneut zur Verfügung.

Hinweise des Ministeriums zur **Kostentragung bei beschlagnahmten Tieren in Tierschutzfällen von Kommunen und Gemeinden**, insbesondere bei Fällen von „Animal Hoarding“, sollen auf die Homepage des Ministeriums eingestellt werden. Diese Hinweise sind jedoch nur Appelle, da es hierfür bei den Kommunen und Gemeinden keine Rechtsgrundlage und keinen Haushaltstitel gibt und oftmals dazu keine Gelder

vorhanden sind.

Die Zukunftsfähigkeit der so genannten **Kleingruppenhaltung von „Lege“hennen** in Käfigen war ein weiteres Thema. Bei den Diskussionen zur bundeseinheitlichen Neuregelung des Tierschutzgesetzes werde Baden-Württemberg im Einklang mit der Position des *Landesbeirats für Tierschutz* eine Regelung unterstützen, nach der keine neuen Kleingruppenhaltungen mehr zugelassen werden sollen. Allerdings trete das Land für einen Bestandsschutz für die Betriebe ein, die in den vergangenen Jahren auf diese Haltungsumgestaltung umgestellt haben.



Nachdem eine Behandlung unseres Antrags zu **Missständen in Schlachthäusern** zweimal verschoben werden musste, nahm nun als Experte der ehemalige Leiter des Veterinäramts der Stadt Karlsruhe, Dr. Stegen, teil. Er ist der Meinung, dass Fehlbetäubungen, deren Dunkelziffer bei Rindern und Schweinen groß sei, an einer mangelhaften Umsetzung der Gesetzesvorschriften liegen würden. Nach seiner Ansicht würde auch die neue EU-Regelung, die 2013 in Kraft tritt, daran nichts ändern. Jedes Tier müsse betreut und kontrolliert werden, auch bei der Geflügelbetäubung. Dies sei jedoch arbeits- und kostenintensiv. Auch sei es schwierig, geeignetes Personal zu bekommen.

Der *Landesbeirat für Tierschutz* fasste folgenden Beschluss: Um Fehlbetäubungen zuverlässig zu vermeiden, ist in Schlachtbetrieben die effiziente und risikoorientierte Anwesenheit des amtlichen Tierarztes oder einer fachkundigen Amtsperson während der Vorgänge „Abladen, Zutrieb, Betäubung und Entblutung“ unerlässlich. Die Kontrollen müssen so intensiviert werden, dass bei den zu schlachtenden Tieren der Erfolg

der Betäubung festgestellt wird. Bei Fehlbetäubungen ist gegebenenfalls die Schlachtgeschwindigkeit verpflichtend zu reduzieren. Die Landesregierung wird gebeten, beides in den Schlachtbetrieben Baden-Württembergs sicherzustellen.

In einem Antrag wurde die **EU-Agrarförderung** in Höhe von 56 Mrd. Euro bemängelt. Diese könnte nur noch gerechtfertigt werden, wenn die Empfänger damit höhere Umwelt- und Tierschutzstandards als bisher üblich finanzieren würden. Wer Vollspaltenboden-, Käfig- oder Anbindehaltungen betreibt, dürfe dafür nicht länger mit Steuergeldern gefördert werden. Trotz einer längeren Diskussion konnte jedoch kein einvernehmlicher Beschluss erzielt werden.

Zu den **Aufgaben des Landesbeirats für Tierschutz** erfolgte folgender Beschluss: Um dem Staatsziel Tierschutz gerecht zu werden, soll das Ministerium

- a) den *Landesbeirat* über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung im Tierschutz informieren und anhören.
- b) wie bisher jedes vom *Landesbeirat für Tierschutz* eingebrachte Thema behandeln.
- c) dem *Landesbeirat* die anstehenden bzw. laufenden Rechtssetzungsverfahren, die grundsätzliche Belange des Tierschutzes berühren, stets zur Kenntnis geben.
- d) den *Landesbeirat* in entsprechende Initiativen des Landes einbinden, in denen ein Gestaltungsspielraum gegeben ist.
- e) den *Landesbeirat* in jeder Sitzung über die Umsetzung der Beschlüsse des Gremiums unterrichten.

Am 03.01.2011 wurde vom Ministerium der Forschungspreis *Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch* Baden-Württemberg für das Jahr 2011 ausgeschrieben und dazu eine Pressemitteilung herausgegeben.

Anschließend unterrichtete das Ministerium über die im Jahr 2010 stattgefundenen **Schwerpunktkontrollen beim Tiertransport**. Diese wurden über sechs Wochen gemeinsam mit den Veterinärbehörden und der Polizei durchgeführt. Insgesamt

gab es 2.438 Kontrollen, vor allem an Schlachthöfen (2.153 Überprüfungen) aber auch an Autobahnen, an Sammelstellen, bei Viehmärkten und Ausstellungen. In drei Fällen gab es eine Untersagung zum Weitertransport, außerdem etliche Ordnungswidrigkeiten, mündliche und gebührenpflichtige Verwarnungen und bei einer Schlachthofkontrolle eine Meldung an das zuständige Veterinäramt.



Fotos: W Livaditis

Nach der **Landesfischereiverordnung** des Ministeriums ist ein Sachkundenachweis bei der Erteilung des Fischereischeines erforderlich. Er sieht allerdings Ausnahmen vor, beispielsweise für Personen, die sich nicht länger als einen Monat in der Bundesrepublik aufhalten oder Mitglieder diplomatischer Vertretungen sind. Der *Landesbeirat* fasste den Entschluss, dass jede Person, die die Angelfischerei in Baden-Württemberg ausübt, die notwendige Sachkunde nachweisen muss, wobei die Nachweise anderer Länder anerkannt werden, sofern sie mit den hiesigen vergleichbar sind.

In der **Pressemitteilung des Ministeriums** vom 15.02.2011, die sich absprachegemäß mit den Themen Schlachtung und der Kleingruppenhaltung von „Lege“hennen befasste, betonte Minister Köberle: „Mit dem *Landesbeirat für Tierschutz* haben wir ein kompetentes Beratungsgremium, das uns wichtige Impulse für eine Politik zum Wohle des Tierschutzes liefert und bei konkreten Sachfragen bestens unterstützt. Durch die vielseitige Zusammensetzung ist der Diskurs im Beirat immer am Puls der Zeit und ein großer Gewinn.“

Tierschutz-Initiativen der *Grünen*

Tierschutzpolitisches Treffen

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

In den vergangenen Monaten hatte die tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion *Grüne im Landtag*, Renate Rastätter, zweimal zu einer Gesprächsrunde zum Tierschutz in den Landtag eingeladen.

Der erste Termin erfolgte am 10.12.2010. Renate Rastätter berichtete über die aktuellen Tierschutzanträge der *Grünen*. Einzelheiten finden Sie im nachfolgenden Beitrag „Anträge der *Grünen*“.

Im Mittelpunkt des Treffens stand das **Thema Tierversuche**. Als Referentin war Dipl.-Biologin Silke Bitz für die *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* eingeladen worden. (Silke Bitz ist sowohl für die Ärztevereinigung als auch für unseren Verein tätig.) Ungefähr 20 Tierschutzinteressierte, darunter Ingrid Schneider von unserer AG Stuttgart, nahmen an der Veranstaltung teil. Sie fand den Vortrag von Silke Bitz sehr informativ und lobte die unterstützende PowerPoint-Präsentation, die es einfacher machte, die Sachverhalte nachzuvollziehen. Anschließend gab es eine rege Diskussion.

Das zweite Treffen fand am 04.02.2011 statt. Gastredner waren die tierschutzpolitische Sprecherin der *Grünen Bundestagsfraktion*, Undine Kurth MdB und Herbert Lawo, Vorsitzender des *Landestierschutzverbandes Baden-Württemberg e.V.* Von unserem Verein waren sieben Mitglieder der Einladung gefolgt, anwesend waren insgesamt 22 Tierschutzinteressierte.

Wie ihre Kollegin Renate Rastätter zählt auch Undine Kurth zu den wenigen PolitikerInnen, die im Tierschutz äußerst engagiert sind. Undine Kurth berichtete über ihre Bundestagsarbeit und die Schwierigkeiten, einen effektiven Tierschutz in der Politik durchzusetzen. Seit Mai 2002 sei der Tierschutz zwar im Grundgesetz verankert, dennoch habe er sich in der Realpolitik

bisher kaum durchgesetzt. Im letzten Jahr hätten deshalb *Bündnis 90/Die Grünen* den Entwurf eines **neuen Tierschutzgesetzes** erarbeitet, ihn allerdings noch nicht in den Bundestag eingebracht.

Undine Kurth forderte einen respektvollen Umgang mit „Nutz“tieren und verwies auf das Wahlprogramm ihrer Partei in Baden-Württemberg mit der Überschrift „Tiere haben Rechte“.

Begeistert sprach sie davon, dass zu der **Demonstration „Wir haben es satt“**, die anlässlich der *Grünen Woche* im Januar in Berlin stattfand, anstatt der erwarteten ca. 6.000 TeilnehmerInnen über 20.000 gekommen seien. Außerdem habe erstmalig in Sachsen-Anhalt ein Investor der Massentierhaltung, der widerrechtlich gebaut habe, 500.000 Euro Strafe bezahlen müssen.

Die Politikerin beklagte, dass die neue **EU-Tierversuchsrichtlinie** durch die *CDU* wegen des Forschungsstandorts Deutschland verschlechtert worden sei. Sie betonte, dass die *Grünen* daran festhalten würden, dass Tierversuche grundsätzlich verboten sein sollen. Sie bemängelte, dass bisher das Kriterium „Angst“ bei der Bewilligung beziehungsweise Ablehnung von Tierversuchen fehlen würde, dieses müsse unbedingt eingeführt werden.

Zu den „Nutz“tieren und den „Schlacht“tiertransporten forderte sie verbesserte Regelungen; eine Transportzeit von vier Stunden dürfe nicht überschritten werden. Grundsätzlich erforderlich sei eine neue Agrarwirtschaft. *Bündnis 90/Die Grünen* hätten dazu eine Broschüre erstellt.

Außerdem fordern die *Grünen* ein **Schächtverbot**. Die so genannte **Kleingruppenhaltung** von „Lege“-hennen würde abgelehnt. Das von einigen Tierschützern geforderte **Verbot des Fleischessens** sei wegen der langen Tradition nicht durchsetzbar. Deshalb müssten für die „Schlacht“-

tiere wenigstens bessere Bedingungen geschaffen werden. Unterstützt werde jedoch die Forderung nach einem „Veggie-day“, einem fleischfreien Tag pro Woche. Bei allen offiziellen Essen von *Bündnis 90/Die Grünen* würden ausschließlich vegetarische/vegane Gerichte angeboten werden.

Im **Zirkus** gäbe es keine artgerechte Tierhaltung. Deshalb sei eine Positivliste zu erstellen, welche Tiere (beispielsweise Pferde, Ziegen oder Hunde) mitgeführt werden dürften. Die im Grundgesetz verankerte Berufsfreiheit sei damit nicht gefährdet, denn ein Elefantendompteur könne künftig Pferde vorführen.

Angestrebt sei ein **Heimtiergesetz**. **Qualzuchten** sollen – auch in der „Nutz“tierhaltung – verboten werden. Um die Tierheime zu entlasten, würde ein **Kastrationsprogramm** befürwortet. Bei Tierquälereien müsse das **Strafmaß** von drei auf fünf Jahre heraufgesetzt werden.

Einem **Verbandsklagerecht** für Tierschutzorganisationen stehe man aufgeschlossen gegenüber, ebenso der Einführung der Position eines **Tierschutzbeauftragten**.

Einen Erfolg sieht Undine Kurth bei der **Ferkelkastration**. Noch vor zwei Jahren sei sie verspottet worden, als sie eine Betäubungspflicht forderte; heute seien ihre Forderungen akzeptiert. Hier würde sich auch die EU bewegen.

Auch wenn die Anträge der *Grünen* grundsätzlich von der Bundesregierung abgelehnt würden, so würden sie doch dazu dienen, die Regierung auf Missstände hinzuweisen oder sie bloßzustellen. Es sei schwierig, eine Änderung herbeizuführen, vor allem durch den starken Einfluss der Landwirtschaftslobby.

Renate Rastätter führte ihre Erfahrungen im hiesigen Landtag zum Thema Klimaschutz durch geänderte Ernährung an. Es sei äußerst mühsam, hier etwas zu bewegen. Da die Politiker der anderen Fraktionen

selbst nicht auf Fleisch verzichten wollten – auch nicht alle Grünen seien VegetarierInnen -, sei das Essen tabuisiert. Es hätte sogar aggressive Reaktionen gegeben: Man wolle sich sein Fleisch nicht von den *Grünen* verbieten lassen.

Die folgende Diskussion war äußerst lebhaft. Einige TierschützerInnen nutzten die Gelegenheit, sich

über die Abläufe in der Politik und der Gesetzgebung zu informieren. Andere stellten illusorische Forderungen an die beiden Politikerinnen. Den Tierrechtsaktivisten ging jeder Gesetzentwurf nicht weit genug. Geduldig wurde ihnen erklärt, dass man im Parlament die Mehrheit haben müsse, um einen Antrag durchzubringen.

Anschließend informierte **Herbert Lawo** über die Heimtierhaltung und insbesondere über die Problematik der Exoten. Er berichtete über seine Arbeit im *Landesbeirat für Tierschutz* und meinte, dass der Tierschutz aus dem Landwirtschaftsministerium herausgenommen werden müsse. Dem können wir nur zustimmen.

Anträge der *Grünen* und Stellungnahmen der Landesregierung

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

In den letzten Monaten stellte die Landtagsabgeordnete Renate Rastätter gemeinsam mit Fraktionskollegen verschiedene Anträge zu Tierschutzthemen an die Landesregierung. Bei Redaktionsschluss lag erst zu zwei Anträgen ihre Stellungnahme vor. Von den anderen Parteien wurden keine tierschutzrelevanten Anträge eingebracht.

Im Antrag vom 16.02.2011 wurde nach dem **Stellenwert des Tierschutzes** in Baden-Württemberg gefragt. Außerdem wollten die *Grünen* wissen, inwiefern sich die **Aufnahme des Tierschutzes** in die Landesverfassung und das Grundgesetz bisher für den Tierschutz positiv ausgewirkt habe.

In ihrer Antwort vom 09.03.2011 vertrat die Landesregierung die Ansicht, dass der Tierschutz ein Grundanliegen der Gesellschaft geworden sei. Inwieweit sich aber seine Aufnahme in die Landesverfassung und das Grundgesetz auswirkten, lasse sich nicht messen. Die Haltungsbedingungen der Tiere, die sich in der Obhut des Menschen befinden, würden weiter entwickelt und hätten an Artgerechtigkeit zugenommen. *(Anmerkung: Aus unserer Sicht ist die „Artgerechtigkeit“ von den Bedürfnissen der Tiere jedoch noch weit entfernt.)*

Weiter fragten die *Grünen*, ob die Landesregierung bereit sei, ein **Verbandsklagerecht** – wie im Naturschutz schon lange üblich – für anerkannte Tierschutzverbände einzuführen, um dem Tierschutzrecht zu mehr Durchsetzungskraft zu verhelfen. Die Regierung sollte auch Stellung be-

ziehen, inwieweit sie die Auffassung unterstütze, dass dadurch die tierschutzrechtliche Situation im Land sowie die Lebens- und Haltungsbedingungen von Tieren verbessert werden kann.

Die Landesregierung antwortete, dass sie keine Notwendigkeit sehen würde, für Tierschutzverbände ein Klagerecht einzurichten. Damit hat nach dem Willen der Landesregierung ein Tiernutzer weiterhin die Möglichkeit, sich durch alle Instanzen zu klagen, während für die Tiere niemand stellvertretend die Einhaltung bestehender Rechte einfordern kann.

Ferner fragten die Abgeordneten, wie die Landesregierung zu den Forderungen der Tierschutzverbände in Baden-Württemberg stünde, dass das Ressort Tierschutz künftig dem *Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr* zugeordnet werden sollte, da das *Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz* sich als Interessenvertreter der Tiernutzer verstehe und der Tierschutz deshalb untergeordnet würde.

Hier ist die Landesregierung der Meinung, dass sie ihre Aufgabe gewissenhaft wahrnehmen würde, um bei Bedarf zwischen den Anliegen der Tierschützer und den Nutztierhaltern einen angemessenen Ausgleich herbeizuführen. *(Anmerkung: Wir sind jedoch ganz anderer Meinung, denn wirtschaftliche Aspekte stehen immer im Vordergrund, während der Tierschutz erfahrungsgemäß konsequent umgangen wird.)*

In einer weiteren Anfrage vom 16.02.2011 wollten die *Grünen* wis-

sen, was mit den zahllosen von Tierschützern betreuten Populationen frei lebender und unfruchtbar gemachter Katzen geschehen würde, wenn sich die Tierschutzvereine nicht mehr in der Lage sehen würden, sie zu versorgen. In welchen Verantwortungsbereich würden diese Tiere dann fallen?

In ihrer Antwort schreibt die Landesregierung, dass verwilderte Katzen gelernt hätten, in ihrer Umgebung zu überleben. Sie hätten eine natürliche Lebensstrategie entwickelt, so dass sie, sofern der Mensch nicht in das Habitat eingreift, keiner gesonderten Fürsorge bedürften. *(Anmerkung: Verwilderte Katzen können in hoher Populationsdichte unter Stadtbedingungen sehr wohl ein ernstzunehmendes Problem darstellen. Sie leiden häufig unter verschiedenen Infektionskrankheiten und können dadurch eine Gefahr für freilaufende Heimtiere darstellen. Durch Toxoplasmen und Wurmeier, die mit dem Kot verwilderter Katzen in die Erde und Spielplätze gelangen, werden vor allem Kinder gefährdet.)*

Auf die Frage, ob der Bund eine Verantwortung dafür tragen sollte, dass es Einrichtungen zur Unterbringung und Versorgung von Fundtieren gibt und welche unterstützenden Maßnahmen er aus Sicht der Landesregierung dabei unternehmen soll, heißt es, dass der Bund in Gesprächen mit kommunalen Verbänden und Tierschutzverbänden zu Fragen der Tierheimfinanzierung eine Moderatorenrolle einnehmen würde. Von einem klaren Bekenntnis hinsichtlich der Verpflichtung, für Fundtiere die Kosten zu übernehmen, steht in der Antwort jedoch nichts.

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Fachreferentin

EU-Tierversuchsrichtlinie wird in deutsches Recht umgesetzt

Wie wir in unserer Ausgabe 4/2010 berichteten, ist die neue EU-Tierversuchsrichtlinie nach rund zwei-jährigem Tauziehen zwischen EU-Gremien, Tierschutzorganisationen und der Tierversuchslobby im November 2010 in Kraft getreten. Bis November 2012 muss die Bundesregierung die Maßgaben der EU in deutsches Recht umsetzen.

Bei der Neugestaltung der Richtlinie wurde auf EU-Ebene leider verfehlt, die Forschung in zeitgemäße und ethische Bahnen zu lenken. Stattdessen wird das überholte und unzuverlässige Tierversuchssystem beibehalten. Umso wichtiger ist es nun sicherzustellen, dass die Bundesregierung die unzureichenden Vorgaben der EU nicht unreflektiert in deutsches Recht übernimmt oder sogar noch zu Ungunsten der Tiere verschlechtert. Zwar verbietet die Richtlinie den Mitgliedsländern strengere Maßstäbe anzusetzen, doch in manchen Bereichen gibt es Spielraum, den wir zu Gunsten der Tiere ausschöpfen müssen! Die Tierschutzverbände haben sich auf Kernforderungen verständigt, die von der Politik als Minimum zu fordern sind.

So sollen Regelungen des deutschen Tierschutzgesetzes, die über die Maßgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie hinausgehen, zwingend beibehalten werden. Beispiele sind die Verbote der Durchführung von Tierversuchen für die Entwicklung von Kosmetik, Waschmitteln, Tabak und Waffen. Eine rückblickende Bewertung aller Tierversuchsprojekte soll Transparenz schaffen und bietet die Möglichkeit, die Unzuverlässigkeit des Tierversuchs aufzeigen. Versuche, die schweres Leid oder Angst verursachen und länger andauern sowie die Verwendung von Menschenaffen müssen ausnahmslos verboten werden.

Bereits vor Beginn der Umsetzung der EU-Richtlinie hatte die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* mit einer Postkartenaktion dazu aufgerufen, der Bundesregierung die Dringlichkeit nach einem Ausstieg aus dem Tierversuch zu signalisieren. Diese Postkarte „2,8 Millionen Gründe für eine verschärfte Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie“ lag auch unserer Ausgabe 4/2010 bei. Insgesamt konnten rund 45.000 Postkarten verschickt werden. **Herzlichen Dank an alle, die mitgemacht haben!**

Mit einer neuen Briefaktion an die Bundesministerinnen Ilse Aigner und Annette Schavan werden die Forderungen jetzt konkretisiert. Denn wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie die Tierversuchslobby mit Hilfe der Politik das Kapitel der grausamen und wissenschaftlich unsinnigen Tierversuche bis in alle Ewigkeit fortschreibt. Die Umsetzung der EU-Vorgaben in deutsches Recht darf kein zahnlöser Tiger werden.

Solange der politische Wille fehlt, alle Tierversuche abzuschaffen, muss in einem neuen Gesetz zumindest der Grundstein für eine zukunftsfähige tierversuchsfreie Forschung gelegt werden, der zu einem schrittweisen, zeitnahen Ausstieg aus der tierexperimentellen Forschung führt.

Aktion: Bitte beteiligen Sie sich an der neuen Briefaktion an Landwirtschaftsministerin Aigner und Wissenschaftsministerin Schavan. Wir haben Ihnen die wichtigsten Punkte aufgelistet.

Musterbrief:

Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Aigner, (bzw. Frau Bundesministerin Schavan,)

Tierversuche sind eine ethisch nicht vertretbare und unwissenschaftliche Methode. Ich bitte Sie deshalb, sich

für folgende Mindestforderungen einzusetzen:

- *Beibehaltung des Verbots von Tierversuchen für Waschmittel, Kosmetik, Waffen und Tabakprodukte.*
- *Genehmigungspflicht mit ethischer Bewertung für alle Tierversuche.*
- *Verbot von Versuchen, die mit starken Schmerzen, schweren Leiden oder schweren Ängsten einhergehen.*
- *Verbot von Versuchen an Affen.*
- *Förderung tierversuchsfreier Methoden mit absoluter Priorität.*
- *Niemand darf im Studium gezwungen werden, an Tierversuchen teilzunehmen.*

Mit freundlichen Grüßen

Weitere Information unter:
<http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/infos/eu/550-eu-tierversuchsrichtlinie-hintergrundinfos>

Protestwelle: Keine Tierversuche für Lipton Tee

Inmitten des harten Alltagsgeschäfts im Kampf um jede noch so kleine Verbesserungen für die Tiere tut es gut, hin und wieder Erfolgsmeldungen verkünden zu dürfen.

Nach Plänen von *Unilever*, Hersteller von Haushalts-, Pflege- und Nahrungsprodukten, sollten in den USA für *Lipton*-Tee Experimente an Kaninchen, Ratten, Schweinen und anderen Tierarten durchgeführt werden, obwohl diese nicht einmal gesetzlich vorgeschrieben sind. Solche Experimente werden oft nur durchgeführt, um dem Verbraucher angebliche gesundheitliche Wunderwirkungen oder besondere Verträglichkeiten zu suggerieren und um damit den Umsatz anzukurbeln.

Recherchen der Tierrechtsorganisation *PeTA* zufolge wurden bereits zahlreiche qualvolle Tests durchge-

führt. Kaninchen erhielten fett- und cholesterinreiches Futter, das zu einer extremen Verhärtung der Arterien führte. Anschließend wurde ihnen Tee verabreicht, um zu untersuchen, ob dies die krankhaften Ablagerungen in den Arterien verringern würde. Mäuse wurden speziell darauf gezüchtet, an schmerzhaften Darmentzündungen zu leiden. Durch die Verabreichung von Tee-Inhaltsstoffen wollte man sehen, ob und wie sich diese auf ihren Krankheitszustand auswirken würden. Ratten wurden mit stark zuckerhaltigem Futter zwangsgefüttert und später Tee verabreicht. Man wollte herausfinden, ob er einen Einfluss auf die durch den Zucker verursachten Hirnschäden haben würde. Anderen Ratten wurden Löcher in die Bauchdecke geschnitten und danach radioaktiv markierte Tee-Inhaltsstoffe durch eine Magensonde eingeflößt, um die Aufnahme von Tee im Körper zu untersuchen. Ferkel wurden mit dem Darmbakterium *Escherichia coli* infiziert. Anschließend wurde ihnen Tee verabreicht, um zu testen, ob er Flüssigkeitsverlust und Durchfall verhindern würde. Nach den Versuchen wurden alle Tiere getötet.

Aufgrund des massiven Drucks von Tierschützern aus aller Welt gab das Unternehmen bekannt, keine Tierversuche mehr durchzuführen. Auch unsere Aktiven hatten sich an der E-Mail-Kampagne beteiligt.

Wenn auch Sie sich an solchen E-Mail-Protesten beteiligen wollen, wobei Sie nur Ihre Adresse einfügen müssen, dann geben Sie bitte unserer Geschäftsstelle Bescheid. Sie werden dann in unseren Verteiler aufgenommen.

Buchtipps zum Thema Tierversuche

Die Neuauflage des Buchs *Was Sie schon immer über Tierversuche wissen wollten – Ein Blick hinter die Kulissen* von Tierärztin Dr. Corina Gericke ist seit Mitte März im Buchhandel erhältlich. Dieses Nachschlagewerk, das das Thema Tier-

versuche fundiert und gut verständlich darstellt, liefert zahlreiche wertvolle Argumente gegen Tierversuche und sollte in keinem Bücherregal fehlen!

Echo Verlag Göttingen,
ISBN 978-3-926914-53-8,
128 Seiten, Preis: 9,80 Euro

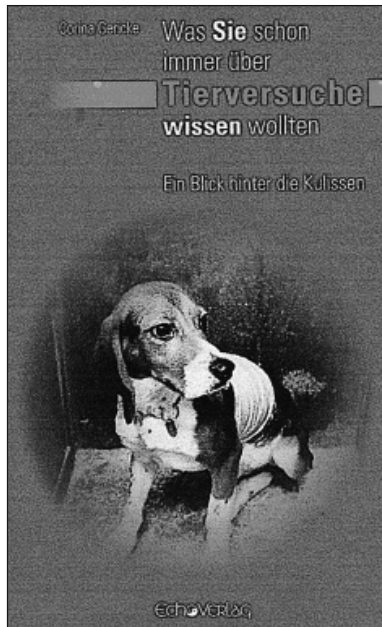


Foto: Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Kampagne „Nein zu Tierqual-Kosmetik!“

In *TIERSCHUTZ AKTUELL* 4/2010 berichteten wir über die drohende Verschiebung des Tierversuchsverbots für Kosmetika. So sollte am 11.03.2013 die letzte Stufe der EU-Kosmetikrichtlinie in Kraft treten und die bis dahin erlaubten Ausnahmen für bestimmte Tierversuche enden. Jetzt will die Europäische Kommission diesen Termin tatsächlich verschieben, weil ihrer Ansicht nach bis dahin nicht genügend tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung stehen. Zigtausende Kaninchen, Meerschweinchen, Ratten und Mäuse müssen, wenn die EU ernst macht, weiterhin für Schönheitsprodukte sterben.

Besonders fatal ist, dass Tierversuche für neue Kosmetika nicht nur unmoralisch, sondern von vornherein unnötig sind. Denn es gibt über 8.000 altbewährte Inhaltsstoffe, mit denen sich beliebig viele neue Produkte herstellen lassen. Zahlreiche Firmen, die tierversuchsfreie Kos-

metik herstellen, beweisen, dass es problemlos möglich ist, daraus ganz ohne Tierleid Schönheits- und Pflegeprodukte zu kreieren.

Dem politisch besiegelten Verbot der Vermarktung von tierquälerischer Kosmetik und der Testung an Tieren liegt ein jahrelanger politischer Kampf zahlreicher Tierschutzorganisationen zugrunde. Die letztlich verabschiedete Kosmetikrichtlinie ist zwar eine große Errungenschaft, enthält jedoch immer noch großzügige Ausnahmeregelungen für die Weiterführung von Tierversuchen. Insofern ist es zwingend erforderlich, dass zumindest das ohnehin unzureichende EU-weite Testungs- und Vermarktungsverbot nicht noch weiter aufge- weicht wird.

Zudem ist zu bedenken, dass bei der Vermarktung eines Lippenstiftes oder einer Schönheitscreme außerhalb der EU auch weiterhin Tiere für die Kosmetik ihr Leben lassen werden, da in manchen Ländern, wie China, oftmals Tierversuche vorgeschrieben sind. Erst wenn es ein weltweites Verbot für die Testung von kosmetischen Inhaltsstoffen und Endprodukten sowie deren Vermarktung gibt, kann von einem wirklichen Erfolg gesprochen werden.

Aktion: Bitte beteiligen Sie sich an der Internet-Kampagne „**Nein zu Tierqual-Kosmetik!**“

Die Aktion wurde von der *Europäischen Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)* ins Leben gerufen. Sogar Prominente wie Ex-Beatle Sir Paul McCartney haben die Petition unterzeichnet.

Petition:

http://www.nocruelcosmetics.org/sign_up.php?lang=germany

Anleitung zum Tiere quälen

Man nehme viele Mäuse, schneide ihnen den Bauch auf, steche ein paar Mal in den Blinddarm, so dass Darminhalt in die Bauchhöhle fließen kann und nähe die Maus wieder zu.

So gelingt die standardisierte Bauchfellentzündung, bei der man je nach Größe und Anzahl der gestochenen Löcher im Blinddarm die „gewünschte Todesrate“ variieren kann. Eine Experimentatorin vom *Helmholtz-Institut* in Braunschweig empfiehlt so in ihrer Publikation die Vorgehensweise bei der Erstellung eines „Mausmodells“ für eine schmerzhaft Bauchfellentzündung. Wie in einem Kochrezept wird beschrieben, welche Zutaten man braucht, um praktischerweise die Sterberate zu beeinflussen. Der qualvolle Tod der Tiere ist dabei nichts anderes als „Teig kneten“. So viel Gefühlskälte lässt einen erschauern und beweist erneut, dass auch heute noch grausamste Tierversuche gang und gäbe sind.

In zwei weiteren „Rezepten“ beschreibt die Experimentatorin aus Braunschweig, wie man eine bakterielle Lungenentzündung oder eine Hautinfektion mit Eitererregern bei Mäusen hibekommt. Das immense Leid der betroffenen Mäuse ist der Autorin keine Silbe wert.
(*Dokumenten-IDs 4130, 4131, 4132*)

Wie in den genannten Beispielen beschäftigt sich eine zunehmende Anzahl an Fachpublikationen mit der Erstellung von „Tiermodellen“. Es geht also vorrangig nicht um die Entwicklung neuer Medikamente, sondern lediglich darum, menschliche Krankheiten im Labor bei Tieren nachzuahmen. Dass daraus jemals eine wirksame Behandlungsmethode für Menschen entsteht, ist äußerst unwahrscheinlich, denn die nachgeahmten Symptome haben ja nichts mit der tatsächlichen Krankheit beim menschlichen Patienten gemein.

An der *Universität Wien* wird Mäusen ein Loch in den Schädelknochen gebohrt, durch den ein Schlauch mit einem aufblasbaren Ballon am Ende zwischen Gehirn und Schädelknochen geschoben wird. Der Ballonkatheter wird mit einer Flüssigkeit gefüllt, so dass er sich ausdehnt und den Hirndruck erhöht, bis der Hirntod eintritt. Den Autoren der Studie zufolge wurden seit Mitte der 1990er Jahre diverse „Tiermodelle“ für den schnellen oder langsamen Hirntod entwickelt. Da im Bereich

der Transplantationsforschung zunehmend gentechnisch manipulierte Mäuse verwendet werden, müsse man halt ein „Modell“ dafür etablieren.
(*Dokumenten-ID 4129*)

Im *Max-Planck-Institut für Immunobiologie Freiburg* wird ein „Modell“ für die Nickelallergie erstellt. Gentechnisch veränderten Mäusen wird eine Nickellösung erst in die Bauchhaut und elf Tage später in die Haut eines Ohres gespritzt, um eine Immunreaktion auszulösen. 24 Stunden nach der zweiten Injektion wird die Dicke des Ohres gemessen. Dann werden die Tiere getötet. Menschen, die gegen Nickelschmuck auf der Haut allergisch sind, sind aber weder genetisch manipuliert noch wird bei ihnen Nickel injiziert. Wäre es nicht sinnvoller, die Mechanismen der Allergieentstehung mit ethisch unbedenklichen Methoden gleich am Menschen zu erforschen?
(*Dokumenten-ID 4164*)

Dass Phytoöstrogene (Pflanzenöstrogene) z.B. aus Soja die Wechseljahresbeschwerden der Frau mildern, ist seit Jahrhunderten vor allem in Fernost, zunehmend aber auch bei uns, bekannt. Die Wirkung dieser Substanzen zur Prophylaxe von Osteoporose bei Frauen nach der Menopause ist laut eines Artikels der *Universität Göttingen* noch umstritten. Anstatt aussagekräftige Bevölkerungsstudien durchzuführen, meinen die Göttinger Experimentatoren, dieser Frage in einem „Tiermodell“ nachgehen zu müssen. Ratten werden die Eierstöcke entnommen, um eine Frau nach der Menopause zu simulieren. Dann wird ein Schienbein der Ratten durchgesägt und mit einer Platte und Schrauben wieder zusammengefügt, um eine Osteoporose nachzuahmen. Gruppen von Ratten bekommen anschließend fünf Wochen lang Isoflavone aus Sojapflanzen oder Östrogene ins Futter gemischt. Dann werden die Ratten getötet, um die Knochenheilung zu beurteilen.
(*Dokumenten-ID 4169*)

Und dann gibt es immer wieder Tierversuche aus dem Bereich der

biologischen Grundlagenforschung, die die angebliche „Notwendigkeit“ von Tierversuchen ad absurdum führen. An gleich drei Instituten in Frankfurt, München und Potsdam werden für die Erforschung des Gehirns Fledermäuse gequält und öffentliche Gelder verschwendet. Jede Universität verwendet dabei andere Fledermausarten (Frankfurt u.a. sogar Wildfänge aus Kuba). Die Tiere werden während der bis zu 24-stündigen Experimente in leichter (!) Narkose gehalten. Sie zeigen bei Berührung der Ohren oder Flügel Reflexe. Auf den Schädel einer Fledermaus wird ein Metallstab geklebt, der der Fixierung des Kopfes in einem stereotaktischen Apparat dient. In den Schädelknochen wird ein Loch gebohrt, durch das Elektroden in das Hirngewebe eingeführt werden. Über Lautsprecher werden die Tiere mit verschiedenen akustischen Reizen beschallt. Gleichzeitig messen die Elektroden Nervenaktivitäten im Gehirn. Schließlich werden die Fledermäuse getötet. Müssen wir wirklich um jeden Preis wissen, wie das Fledermausgehirn akustische Reize verarbeitet?
(*Dokumenten-ID 4159*)

Im Bereich „Datenbank“ haben Sie Zugriff auf Beschreibungen von über 4.000 in Deutschland durchgeführten Experimenten. In der Rubrik „in vitro“ sind einige der vielfältigen Möglichkeiten tierversuchsfreier Verfahren dokumentiert, die im Gegensatz zu Tierversuchen zuverlässige und relevante Ergebnisse liefern.

Quelle: Dr. med. vet. Corina Gericke in www.datenbank-tierversuche.de

Grundsätzlich wären Bevölkerungsstudien und ein Ausbau der klinischen Forschung für den medizinischen Fortschritt weitaus Erfolg versprechender und ethisch unbedenklich. Doch Tierexperimentatoren haben daran offensichtlich kein Interesse. Sie suchen ihr Heil lieber in der Etablierung zweifelhafter „Tiermodelle“ oder in Grundlagenexperimenten, die wenig oder nichts mit den menschlichen Krankheiten zu tun haben, dafür aber die begehrte Publikationsliste verlängern.

Silke Bitz, Dipl.-Biol., Stellvertr. Vorsitzende

Überflüssige Tierversuche für REACH

Nach der *EU-Chemikalien-Richtlinie (REACH)* müssen neue, aber auch seit Jahren auf dem Markt befindliche Chemikalien auf ihre Giftigkeit geprüft werden. Diese qualvollen Giftigkeitsprüfungen werden zu meist an Tieren vorgenommen.

Unser Bundesverband konnte hierzu am 29.10.2010 eine positive Nachricht vermelden: Die *Europäische Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)*, bei der auch er mitwirkt, konnte belegen, dass vier vorgeschlagene Tierversuchsreihen für die Testung von drei Chemikalien unnötig sind. Die *ECEAE* hatte die Möglichkeit genutzt, die Tierversuchsanträge, die bei der EU-Chemikalienbehörde *ECHA* beantragt werden müssen, zu kommentieren. Die Tierschutzorganisation stellte fest, dass Daten zur Giftigkeit schon vorhanden sind oder weitgehend tierversuchsfrei gewonnen werden können.

In den USA gibt es einen erfreulich fortschrittlichen Trend: Wichtige Institutionen haben dort erkannt, dass Tierversuche unzuverlässig sind. Man will nun verstärkt Human-Daten und tierversuchsfreie Testmethoden zum Einsatz bringen.

Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V.* gab hierzu folgende Pressemitteilung heraus:

01.12.2010

Namhafte US-Institutionen setzen auf tierversuchsfreie Methoden

Die US-Umweltschutzbehörde *EPA (Environmental Protection Agency)* rief bereits 2005 das Projekt *ToxCast* ins Leben. Dieses besteht aus 500 verschiedenen In-vitro-Tests, also Reagenzglas-Verfahren, mit denen

die Gefahren von Chemikalien für Mensch und Umwelt zuverlässig vorhergesagt werden können. Bislang wurden vorhandene Tierversuchsdaten als Referenz verwendet. Nun sollen sinnvollerweise menschliche Daten zugrunde gelegt werden. Die Pharmaindustrie hat hierzu mehr als 100 Wirkstoffe beigesteuert, die in Tierversuchen vielversprechend erschienen, in der klinischen Prüfung am Menschen aber versagten. Diese Substanzen sollen nun mit den In-vitro-Tests durchgetestet werden und die Grundlage für zukünftige Medikamententests bilden.

Ganz ähnlich funktioniert *Tox21*, ein Gemeinschaftsprojekt der US-Umweltschutzbehörde und der US-Gesundheitsinstitute *NIH (National Institutes of Health)*, das darauf abzielt, die Risikobeurteilung von Umweltchemikalien zu verbessern. Seit Neuestem ist auch die US-Arzneimittelzulassungsbehörde *FDA (Food and Drug Administration)* an dem Projekt beteiligt.

Kern des Projektes ist eine Datenbank aus 3.000 pharmazeutischen Wirkstoffen und 7.000 Chemikalien, die in den nächsten Jahren mittels automatisierter In-vitro-Verfahren mit menschlichen Zellkulturen getestet werden sollen. Computersysteme errechnen dann anhand dieser Daten die voraussichtliche Wirkung einer neuen Substanz. Zulassungsbehörden und Pharmaindustrie sollen Zugriff auf die Daten bekommen, um in Zukunft ohne Tierversuche die Wirkungen neuer Substanzen abzuschätzen.

Das Gemeinschaftsprojekt setzt auf tierversuchsfreie Methoden, nicht nur wegen der besseren Übertragbarkeit auf den Menschen, sondern auch wegen ihrer Schnelligkeit. In-vitro-Tests charakterisieren eine Substanz innerhalb von ein bis fünf Tagen, während Tierversuche bis zu zwei Jahre dauern und bis zu 800 Tieren pro Substanz das Leben kosten können.

Seit 1938 sind in den USA vor Beginn von klinischen Studien am

Menschen für neue Medikamente Tierversuche vorgeschrieben. Für die Pharmaindustrie kann das mit einem hohen Kosten- und Zeitverlust verbunden sein, wenn die Substanz in der klinischen Phase wegen mangelnder Wirkung oder unerwünschter Nebenwirkungen durchfällt. Das neue System der *FDA* soll die Medikamentenentwicklung effizienter machen, da es sich an der Wirkung am Menschen orientiert und nicht an der von Tieren.

„Wir wollen vom Tierversuch wegkommen“, wird David Jacobson-Kram, geschäftsführender Direktor der Abteilung Pharmakologie und Toxikologie der *FDA*, in einem Artikel der *Bloomberg-News* zitiert. Und David Dix, stellvertretender Direktor des Zentrums für Computertoxikologie der *EPA*, fügt hinzu: „Tierversuche für die Vorhersage von Reaktionen des Menschen zu verwenden, funktioniert nicht, wegen der enormen Unterschiede zwischen den Arten.“

Die bundesweite Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* ist äußerst erfreut über die aktuelle Entwicklung in Amerika und fordert EU- und Bundesbehörden auf, sich dem Fortschritt nicht länger zu verwehren und der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Tierversuche der falsche Weg sind.

Solche Meldungen geben immer wieder Anlass zur Hoffnung. Wenn auch dieser Trend so schnell nach Europa übergreifen würde wie manch andere Sitten und Bräuche aus den USA, würden Tierversuche sich bald von selbst erledigen. Aber bislang haben sich die meisten unserer Politiker diesbezüglich leider als innovationsresistent erwiesen.

Bundesregierung verleiht Tierschutz-Forschungspreis

Im Dezember 2010 verlieh das *Bundesministerium für Ernährung, Land-*

wirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) den jährlichen *Tierschutz-Forschungspreis für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch*. Dieser Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. Diesmal ging er an Wissenschaftler des *Paul-Ehrlich-Instituts* in Langen. Dort haben Dr. Heike Behrendorf-Nicol, Ursula Bonifas, Dr. Beate Krämer und Dr. Karin Weißer ein Tierversuchersatzverfahren zur Testung von Tetanusimpfstoffen auf giftige Wirkungen entwickelt. Dadurch lassen sich gesetzlich vorgeschriebene Versuche an rund 2.000 Meerschweinchen und Mäusen pro Jahr zur Sicherheitsprüfung von Tetanustoxizität ersetzen.

Allerdings ist der Weg bis dahin noch lang. Die In-vitro-Methode muss bis zur Praxisreife weiterentwickelt werden und anschließend das behördliche Anerkennungsverfahren durchlaufen. In aller Regel kann das gut zehn Jahre in Anspruch nehmen.

Ursula M. Händel-Tierschutzpreisverleihung

Am 24.01.2011 wurde durch den Präsidenten der *Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)*, Prof. Matthias Kleiner, der diesjährige Forschungspreis für die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen in Höhe von insgesamt 50.000 Euro verliehen. Diesen Preis vergibt die *DFG* in ein- bis zweijährigem Abstand an WissenschaftlerInnen, die sich vorbildlich und nachhaltig um die Verbesserung des Tierschutzes in der Forschung einsetzen. Neben dem Tierschutzpreis können sich WissenschaftlerInnen auch um eine Projektförderung zur Entwicklung von tierfreien Methoden bemühen.

Ausgezeichnet wurde die Forschergruppe des *Instituts für Experimentelle und Klinische Pharmakologie des Hamburger Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf*, Prof. Thomas Eschenhagen und Kollegen, für ihre Entwicklung eines Ersatzverfahrens zum Test pharmakologischer Stoffe auf die Herzfunktion. Dabei wird auf menschliches em-

bryonales Herzmuskelzellgewebe zurückgegriffen. Dadurch müssen künftig pharmakologische Stoffe in Vorversuchen nicht mehr an Kaninchen oder Hunden erprobt werden; einer Vielzahl von Tieren wird so enormes Leid erspart.

Ein weiterer Preis ging an die Forschergruppe um Prof. Alexander Bürkle und Dr. Maria Moreno-Villanueva vom *Lehrstuhl für molekulare Toxikologie der Universität Konstanz*. Sie entwickelten ein optisches Nachweisverfahren von DNA-Strangbrüchen. Damit können auch kleinste Veränderungen der Zellen als Reaktion auf einen Stoff entdeckt werden, die drastische Folgen auf den Organismus haben können, z.B. Krebs. Bislang werden diese Tests an Seren von Rinderembryonen durchgeführt.

Eingebettet in die Preisverleihung war eine Podiumsdiskussion zum Thema „Tierversuche in der Grundlagenforschung: Chancen und Grenzen von Ersatzmethoden“.

Quelle: InVitroJobs, eine Einrichtung unseres Bundesverbandes

Zur Stifterin der Preises:

Der Preis geht auf die Privatinitiative seiner gleichnamigen Stifterin zurück. Die 1915 in Düsseldorf geborene Publizistin hatte den Tierschutz zu ihrer Lebensaufgabe gemacht; sie setzte sich insbesondere für die Rechte von Tieren ein.

Tierfreier Test statt Mäuseversuch für Muschelgifte

Der lange umstrittene Mäusetest zur Ermittlung der Giftigkeit von Muscheln soll nach Plänen der EU nun endlich von einem tierversuchsfreien Verfahren abgelöst werden.

Da in Muscheln giftige Algen enthalten sein können, müssen seit 1991 EU-weit Muscheln daraufhin getestet werden, bevor sie zum Verzehr verkauft werden. Ab Juli 2011 soll nun endlich eine auf chemisch-analytischen Verfahren basierende tierversuchsfreie Methode EU-weit

angewandt werden. In Deutschland wird diese bereits seit den 1980er Jahren angewandt, während in anderen EU-Ländern Mäuse verwendet wurden.

Standardmäßig wird zur Testung drei Mäusen eine Probe der Muscheln in die Bauchhöhle injiziert. Wissenschaftlich wenig nachvollziehbar, aber dennoch gängige Praxis ist es, die Muschel als giftig anzusehen, wenn zwei der drei Mäuse sterben. Darüber hinaus bedeutet der Test für die Mäuse einen qualvollen Vergiftungstod, der sich über 24 Stunden erstrecken kann. Unser *Bundesverband Menschen für Tierrechte* hatte bereits im Jahr 2006 die „Muschelmaus“ als Versuchstier des Jahres ernannt, um auf die Hintergründe dieser zweifelhaften Versuche aufmerksam zu machen.

Nach Art der Symptome, die sie hervorrufen, werden verschiedene Giftgruppen unterschieden: das Amnesie (Gedächtnisschwund) hervorrufende Muschelgift, das lähmende Muschelgift und das Durchfall erzeugende Muschelgift, zu dem drei weitere Gifte zählen.

Durch die Anwendung der tierfreien Methode werden etwa 300.000 Mäuse pro Jahr vor dem unsinnigen Sterben bewahrt. Die neue Regelung gilt nur für die Gruppe der Durchfall erzeugenden Muschelgifte. Amnesie hervorrufende Muschelgifte werden bereits seit Jahren tierversuchsfrei getestet. Für die lähmenden Muschelgifte wurde 2007 ein tierversuchsfreies Verfahren anerkannt, allerdings wird hier der Mausestest nach wie vor durchgeführt.

Es ist erfreulich, dass zumindest künftig viele Mäuse eingespart werden. Allerdings ist es nicht nachvollziehbar, dass eine seit Jahrzehnten vorhandene und praktizierte tierversuchsfreie Methode erst jetzt verbindlich in der EU zum Einsatz kommen soll. Wäre die Politik nicht so träge, hätten bereits viele Tierleben gerettet werden können. Nicht zu vergessen ist, dass die Muscheln in jedem Fall sterben, da sie für mancher Leute Gaumenfreuden als „Nahrungsmittel“ angeboten werden.

Eine „härtere Gangart“ des Christentums

Jochen Buchholz, Mitglied der Redaktion

„Wenn ich mir keine Gedanken mache über das, was ich auf dem Teller habe, dann bin ich böse, weil ich gegen die Moral und gegen mein Gewissen handle. Fleisch stammt schließlich von Geschöpfen Gottes.“ So streng äußerte sich Dr. Rainer Hagencord über das Fleischessen in einem Gespräch mit dem *Westdeutschen Rundfunk*. Hingegen habe er selbst mit Lust ein Stück Fleisch eines Tieres verzehrt, das zuvor artgerecht gelebt hat und dann ohne Schmerzen getötet worden sei.

Jedenfalls sei davon auszugehen, dass Christus Fleisch gegessen habe, Adam und Eva freilich nicht. Trotzdem: „Die meisten Argumente sprechen gegen Fleischkonsum.“ Deshalb bekundete er in einem Interview anlässlich des *1. Kirchentages für Mensch und Tier* im August 2010, dass er mittlerweile ganz auf Fleisch verzichte. Beim direkten Blickkontakt mit einer Kuh, die auf dem Institutsgelände lebt, spüre er, dass da eine Persönlichkeit ist.

Der katholische Priester Dr. Rainer Hagencord hat vor etwas mehr als einem Jahr das *Institut für Theologische Zoologie* gegründet. Gerade ist ein Buch von ihm erschienen: *Diesseits von Eden*. Anlass genug nachzufragen, mit welchem Ernst hier vorgegangen wird. Eine der Hauptthesen des Instituts an der *Philosophisch-Theologischen Hochschule der Kapuziner* in Münster lautet: „Es braucht eine wissenschaftlich fundierte theologische Würdigung des Tieres. Neben theologischen Anthropologien gibt es noch keine ausgearbeitete theologische Zoologie.“

Zunächst gilt es für Hagencord und seine Mitstreiter, diese Notwendigkeit unter Beweis zu stellen. Angesichts des menschengemachten Tierleids scheint klar zu sein, dass bis jetzt eine rein wissenschaftlich fundierte Würdigung der Tiere an deren Lage nichts geändert hat. Es gibt genug Wissenschaftler, die diesbezüglich seit Jahren ihre Stimme erheben. Daher ist zu befürchten, dass auch eine theologische Würdigung die Verhältnisse nicht ändern wird.

Hagencord glaubt indessen, dass jetzt die Zeit reif ist für eine „härtere

Gangart“ des Christentums, denn Tiere seien keine Produkte. Er selbst ist aktiv geworden, weil er sich gegen die Massentierhaltung empört. Und Christen könnten etwas tun durch ihr Einkaufsverhalten, „nämlich morgen schon“.

Innere Widersprüche

Im letzten Katechismus, in dem die offiziellen Glaubensrichtlinien der Katholiken niedergelegt sind, für den unter anderen der heutige Papst, der damalige Kardinal Joseph Ratzinger, verantwortlich war, ist zu lesen:

„(2417) Gott hat die Tiere unter die Herrschaft des Menschen gestellt ... Somit darf man sich der Tiere zur Ernährung und zur Herstellung von Kleidern bedienen. ... (2457) Die Tiere ... können einer gerechten Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen.“

Es ist davon auszugehen, dass diese Glaubens-Maximen auch für Dr. Rainer Hagencord gelten. Und damit erscheint eine tiefgreifende „Theologische Zoologie“ zweifelhaft, denn wer sich zum katholischen Glauben bekennt, zum Beispiel ein Theologe und Priester wie er, muss auch seine Grundsätze annehmen. Hagencord berichtet, der vorige Bischof des Bistums Münster habe ihn in jeglicher Hinsicht unterstützt, dass aber der jetzige, Dr. Felix Genn, „sich schwer damit tue“.

Die katholische Kirche ist ein mehr oder weniger geschlossenes Gebilde, das nach außen homogen wirken möchte, aber nach innen sehr differenziert strukturiert ist. Daher ist eine Einschätzung dieses Instituts in seiner Bedeutung für die Tiere schwierig. Es könnte demnach eine theologische Zoologie ausfallen wie sie wollte, sie würde keinerlei Bedeutung in dieser Kirche erlangen. Sie hätte wahrscheinlich weder Einfluss auf die Weltanschauung der Katholiken, noch auf ihr Bild von den Tieren, das bislang durch diesen Katechismus festgelegt worden ist.

Demgegenüber ist auf der Homepage des Instituts folgender Ansatz zu finden: „Die fast vollständige Ausblendung der Tiere aus der Theologie

- und das trotz ihrer biblischen Präsenz - und die damit verbundene Attestierung ihrer Irrelevanz führt womöglich in eine falsche Rede von Gott, verfälscht Schöpfungsbegriff und Spiritualität.“ Obwohl sich dieser Ansatz an Christen richtet und nicht an all die andern Menschen, die ohne konfessionelle Bindung leben, erweckt er Neugier. Was ist damit gemeint: „Falsche Rede von Gott“?

Solche Thesen und Fragen jedenfalls richten sich unmissverständlich gegen die herrschende katholische Doktrin. Erst kürzlich ließ der deutsche Papst diesbezüglich seine Generalmeinung durch die vatikanischen Behörden anlässlich eines Appells des *ETN (Europäischer Tier- und Naturschutz e.V.)* verkünden:

„In der katholischen Kirche haben Tiere keinen Platz.“

Ein maßvoller Rebell?

„Tiere sind leidensfähige Wesen“, sagt Hagencord. Punktum. Wie sich das mit der christlich-jüdischen Tradition verbinde, führt er ebenfalls aus. „Was ist das Wesen des Tieres?“ Und die Antwort erscheint in einem eigenen Licht, das nicht mehr nur von dieser Tradition her beleuchtet wird: „Es ist weder ein besserer Mensch, noch eine bewegliche Sache. – Und dann bin ich eben bei Zuschreibungen einer Gottunmittelbarkeit des Tieres. Ich bin dabei, das Tier als Weggefährte zu sehen. Ich bin dabei, das Tier als ein Geschöpf zu erleben, das eine eigene Beziehung zu Gott hat.“

Diese Gottunmittelbarkeit drückt sich im Titel seines neuen Buches aus: *Diesseits von Eden*. Nach der Vertreibung aus dem Paradies lebt der Mensch zusammen mit der Schlange jenseits von Eden, während die Tiere nie daraus vertrieben worden sind. Dies ist eine Deutungsvariante, die mit der Realität der Tiere freilich nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, denn „die Massentierhaltung ist alles andere als idyllisch“. Der wesensmäßige Unterschied der Tiere zum Menschen liege in der fundamental-philosophischen Existenzfrage: „Wer bin ich? – Ein Tier hat die-

se Frage nicht. Es ist mit allen Sinnen einfach im Hier und Jetzt.”

Auch zu einer wirklichen Religiosität der Tiere gebe es inzwischen unwiderlegbare Hinweise, zum Beispiel berichte die Verhaltensforscherin Jane Goodall von einem Akt des Stauens und Tanzens bei Schimpansen, das nur in diesem Sinn gedeutet werden könne. Allerdings sieht Hagencord, vollkommen unvereinbar damit, keine Notwendigkeit für eine Religion bei Tieren, da sie ja in der Gottunmittelbarkeit lebten. Das Tier habe diese menschliche Frage nach der Existenz ja eben nicht.

Hier, scheint es, liegt das Geheimnis begründet, in dem die Tiere zusammen mit dem Menschen leben, von dem der Theologe an anderer Stelle spricht. Sie leben näher an Gott oder direkt bei ihm. Soll dies also heißen, Tiere seien neben den Menschen an seine Seite gestellt? Und für sie, die Tiere, gelten daher alle ethischen Gebote und Rücksichtnahmen in besonderer Weise? Denn für Hagencord, den Theologen und Wissenschaftler, sind Tiere beseelte Mitgeschöpfe. Diese neue theologische Betrachtungsweise der Tiere wollen Hagencord und seine Mitstreiter ab jetzt im Religionsunterricht, in Hochschulen und Gemeinden anregen.

Erste Widerstände gegen die Aktivität des Instituts künden sich bereits von der Spitze des Bistums Münster her an. Ob sich nicht noch weitere Kräfte gegen ihn formieren, bleibt ebenso offen wie die Beantwortung der Frage, was denn mit der falschen Rede

von Gott gemeint sei. Dem Kuratorium des Instituts, für das die Verhaltensbiologin Jane Goodall die Schirmherrschaft übernommen hat, gehört unter anderen auch der evangelische Pfarrer Dr. Ulrich Seidel an, 1. Vorsitzender des Vereins *AKUT, Aktion Kirche und Tiere*.

Kommentar: Ein 2000 Jahre langer Alptraum

In Hagencord tritt eine faszinierende Mischung aus christlicher Überzeugung, theologischer Exegese und naturwissenschaftlicher Erkenntnis auf. Wenn er, wie er sagt, bewusstseinsbildende Prozesse in Gang setzen möchte, dann tut er dies selbstverständlich mit der Einsicht in die Tatsache, dass diese bewusstseinsbildenden Prozesse in Bezug auf Tiere in der 2000-jährigen Geschichte des Christentums nur bedingt stattgefunden haben.

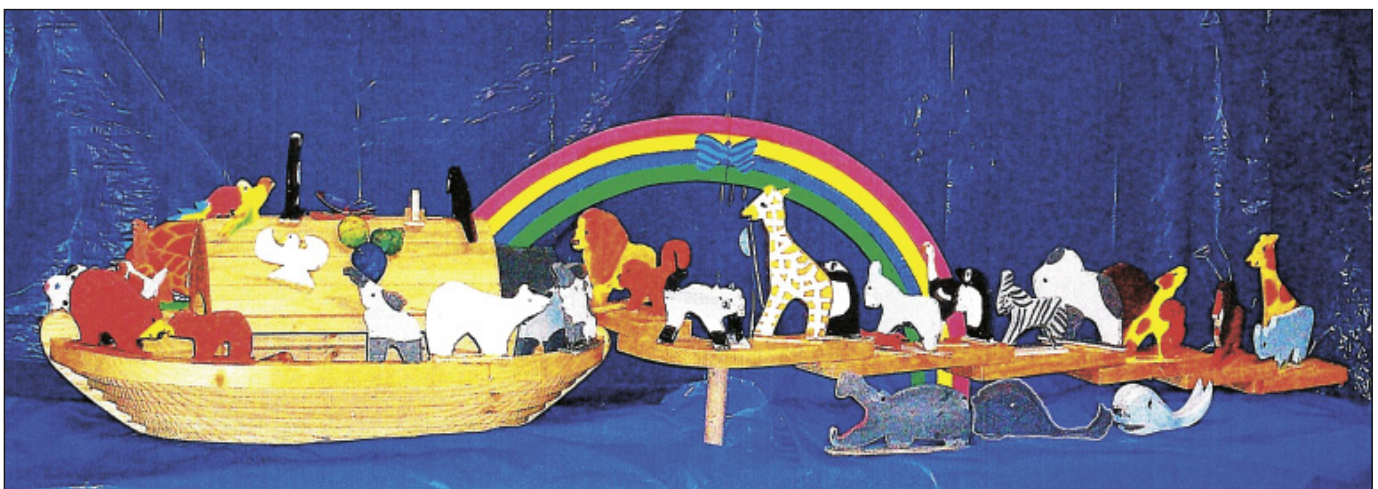
Dann müssten doch zugleich mit der Verfolgung der Ziele des Instituts auch die Gründe dafür zu klären sein. Die Erforschung und Benennung der Ursachen, warum bewusstseinsbildende Prozesse im Christentum kaum stattgefunden haben, dürften in der Agenda des Instituts nicht fehlen. Man sucht sie vergebens. Von daher stellt sich die Frage, woher nehmen er und sein enger Verbündeter, der Schweizer Kapuzinerpater Dr. Anton Rotzetter, ihren Optimismus, dass die Kirche sich nun plötzlich ändern könnte?

Womit identifiziert sich noch je-

mand in der katholischen Kirche, der ihr angehört, wenn er begreift, dass sie sich einer profunden, erschreckenden Fehleinschätzung mit alptraumhaften Konsequenzen schuldig gemacht hat? Dass nämlich, wie Hagencord sagt, Tiere, die dasselbe Verhältnis wie Menschen zu Gott haben, von ihr prinzipiell und offiziell ausgeschlossen werden? Angesichts des Erkenntnisgewinns, den die Tiere als spirituelle Mitwesen bedeuten, verhält sich die Kirche fundamental falsch. Wie kann man sich denn mit einer solchen Kirche überhaupt noch einverstanden erklären, die mit aller Gewalt 2000 Jahre lang den Irrtum gepredigt hat?

Diese Meinung vertritt auch der katholische Theologe und Psychoanalytiker Eugen Drewermann, der der offiziellen Kirche Dogmatismus und eine Fehlinterpretation der Bibel vorwirft. Niemand verrate die Botschaft Jesu so sehr wie die Theologen selber. In seinem neuen Buch: *Wir glauben weil wir lieben* (erschienen 2010), sagt er, dass sich seine innere Auflehnung gegen diese Institution bereits während seines Studiums entwickelte, nicht zuletzt weil die offizielle Theologie bezüglich der Tiere „so nicht stimme“. Es gebe kein Recht, „mit den Tieren so umzugehen ... wie es von der katholischen Theologie vertreten wird“.

Drewermann wurde vom Priesteramt suspendiert, die Lehrerlaubnis wurde ihm entzogen. Trotzdem setzt er sich bei fast allen seinen Veranstaltungen für die Tiere ein.



Diese wunderschöne aus Holz gebastelte *Arche Noah* bekamen wir zu Weihnachten von der *Tierschutz-AG der Pestalozzischule* in Göppingen geschenkt. Leider kann man auf diesem kleinen Foto nicht alle liebevollen Details erkennen.

Foto: W. Livaditis

Politisches Umdenken zur Geflügelzucht in Sicht

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die Verstrickungen der niedersächsischen Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen in die Massentierhaltung. Gebetsmühlenartig hatte sie immer betont, dass es in Geflügelmastbetrieben in Niedersachsen keine Tierschutzprobleme geben würde. Da aber entgegen ihrer Aussage immer wieder Missstände aufgedeckt wurden und wachsende Kritik an der expandierenden Geflügelmast laut wurde, geriet das Ministerium zunehmend unter Druck.

Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke (CDU) räumte am 18.11.2010 in einer internen Sitzung des Landtags-Fachausschusses erstmals gravierende Mängel in der Massentierhaltung ein und kündigte eine Tierschutz-Offensive an. Vor allem zur Putenmast fehlen bislang verbindliche Bestimmungen. Laut einem Bericht in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 19.11.2010 soll Ripke u.a. das Schnabelkürzen als „sehr, sehr schmerzhaften Eingriff“ bezeichnet haben, den es abzuschaffen gelte. Kritisiert habe er auch die Überzüchtung der Tiere, den Platzmangel und die ungenügende Gestaltung der Ställe. Ein weiteres Problem sei das Töten männlicher Küken bei der „Lege“hennenzucht.

Diese Zugeständnisse und die Ankündigung neuer Leitlinien lassen immerhin auf ein Umdenken in der niedersächsischen Geflügelzucht hoffen, das auch Auswirkungen auf die Bundesregierung haben dürfte. Immerhin stammen nach Angaben des *Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG)* ca. 50 Prozent des Geflügels in Deutschland aus Niedersachsen.

Die langjährigen Proteste der Tierschutzverbände wie auch der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL)* scheinen endlich Wirkung zu zeigen.

Wie können diese Missstände jedoch unter der „Geflügellobby-Ministerin“ beseitigt werden? Grotelüschen

(CDU) wurde immer mehr zum Problem. Als sie auch noch in den Verdacht geriet, Dumpinglöhne von 3,50 Euro in der Schlachtereier für akzeptabel zu finden und es ihr misslang, diesen Verdacht zu zerstreuen, war ihr Rücktritt – oder besser gesagt Rausschmiss – unabdingbar. Zuletzt war noch herausgekommen, dass ihr Ministerium eine Studie der *Tierärztlichen Hochschule Hannover* zu „Mast“hühnern unter Verschluss gehalten hatte, in der bessere Haltungsbedingungen gefordert werden. Am 17.12.2010 trat Grotelüschen von ihrem Ministeinramt zurück.

Nachfolger wurde der frühere Staatssekretär Gert Lindemann, der mit 63 Jahren von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner bereits in den politischen Ruhestand „verabschiedet“ worden war. Der Jurist hatte den politischen Kurs zugunsten von Großagrariern vertreten, den er früher als Ministerialbeamter im niedersächsischen Agrarministerium maßgeblich mitbestimmt hatte. Dagegen hatten allerdings süddeutsche Landwirte protestiert, auf deren Wählerstimmen Aigner nicht verzichten wollte.

Lindemann trat sein Amt am 19.01.2011 an. Er kündigte an, sich aktiv gegen die quälische Haltung von Tieren einzusetzen. Ob er diesen Umdenkungsprozess jedoch bewältigen und seine jetzigen Ziele gegen die Agrarindustrie durchsetzen kann, ist fraglich.

Bundesverfassungsgericht untersagt Kleingruppenhaltung für „Lege“hennen

Die herkömmliche Käfighaltung von Hennen ist zwar in Deutschland bereits verboten. Eine heftige Diskussion entbrannte jedoch darum, ob die neu eingeführte „Kleingruppenhaltung“, die den Hennen in „ausgestalteten“ Käfigen geringfügig mehr Platz als in den alten Legebatterien zugesteht, unter das Käfigverbot

fällt. Zumindest nach der Eierkennzeichnung müssen solche Eier mit einer „3“ für Käfighaltung deklariert sein.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 12.10.2010, der am 01.12.2011 veröffentlicht wurde, die Regelungen zur so genannten Kleingruppenhaltung von „Lege“hennen aus dem Jahr 2006 und die hierzu erlassenen Übergangsvorschriften aufgrund eines Verfahrensfehlers für verfassungswidrig erklärt. Damit reagierten die Karlsruher Richter auf die Normenkontrollklage des Landes Rheinland-Pfalz von 2007. Unser Bundesverband hatte damals Politikern auf Bundes- und Landesebene Rechtsgutachten vorgelegt, die diese Ansicht bestätigen. Darin wurde einerseits das Zustandekommen der Verordnung u.a. wegen verspäteter Anhörung der Tierschutz-Kommission beanstandet. Andererseits wurde beantragt, die Haltung von „Lege“hennen in der Kleingruppenhaltung für tierschutzwidrig zu erklären. Das Verfassungsgericht hat in dem Beschluss nur den Verfahrensfehler festgestellt, sich zur Tierschutzwidrigkeit der Kleingruppenhaltung jedoch nicht geäußert.

Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, bis zum 31.03.2012 eine Neuregelung der Vorschriften zur „Lege“hennenhaltung zu erlassen und den Verfahrensfehler zu beheben.

Petitionsausschuss gegen ungesteuerte Expansion von Mastanlagen

Der Petitionsausschuss befasste sich am 02.12.2010 mit einer Eingabe zu den negativen Wirkungen der Massentierhaltung auf die Gesundheit der Menschen, den Naturhaushalt, das Landschaftsbild und die Erholungsfunktion der Landschaften. Aufgrund der Renditeerwartungen boome derzeit der Bau landwirtschaftlicher und gewerblicher Anlagen zur Geflügelmassenhaltung, heißt es in der Petition. Der Gesetzgeber würde der

Landwirtschaft mit nachhaltigem Flächenbezug Privilegierungen einräumen; die derzeitigen Entwicklungen würden jedoch vielfach einen gewerblichen Status annehmen, so dass der rechtliche Bezug zur landwirtschaftlichen Hofstelle verloren ginge. Der Petent fordert, dass deshalb eine rechtliche Anpassung der einschlägigen Gesetze auf Bundesebene vorgenommen werde.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses hielten diese Entwicklung ebenfalls für bedenklich. Sie entschieden einstimmig, die Petition zur Verschärfung des Bundesimmissionsgesetzes und des Baurechts den betroffenen Bundesministerien zu überweisen mit dem Ziel, wirksame Auflagen zur Massentierhaltung vorzugeben.

Unterschriftenübergabe gegen das Schnabelkürzen

Am 14.01.2011 übergaben Mahi Klosterhalfen und Dr. Christoph Maisack für die *Albert Schweitzer Gesellschaft für unsere Mitwelt e.V.* über 12.000 Unterschriften zur Beendigung des qualvollen Schnabelkürzens an Frau Dr. Katharina Kluge vom *Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)*. Auch wir hatten uns an der Online-Kampagne beteiligt. Die Tierrechtler hatten Gelegenheit, mit Dr. Kluge die Forderungen des Tiereschutzes zu diskutieren.

Als Grundlage des Gesprächs dienten die positiven Erfahrungen in Österreich sowie die Ausarbeitung der Tierschützer, die die dortigen Schritte zur Beendigung des Schnabelkürzens beleuchtet und Vorschläge für eine Umsetzung in Deutschland enthält. Erfreulicherweise will das *BMELV* dieses Anliegen unterstützen und ist bereit, den Ausstieg des Schnabelkürzens ähnlich zu strukturieren wie in Österreich. Konkret heißt das:

- alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen,
- sich auf einen Zeitplan und konkrete Schritte zu einigen,
- die „Lege“hennenhalter und andere Beteiligte aus den Bereichen

Aufzucht und Futtermittelproduktion wissenschaftlich fundiert zu beraten, wie sie die Haltungs- und andere Bedingungen so verbessern können, dass die Hennen sich nicht gegenseitig die Federn auspicken oder sich gegenseitig verletzen.

Ein erstes Treffen aller Beteiligten soll möglichst rasch stattfinden. **Vielen Dank an alle, die die Online-Aktion mit ihrer Unterschrift unterstützt haben** – Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass es bei dem Thema in so großen Schritten voran geht!

Unterschriftenübergabe gegen die Stallpflicht von Geflügel

Nachdem im Jahr 2006 die Vogelgrippe ausgebrochen war, bestand für Enten, Gänse, Puten und Hühner bundesweit Stallpflicht. Diese ist zwar zwischenzeitlich gelockert worden, aber an einigen Seen und Flüssen Deutschlands – im Gegensatz zum europäischen Ausland – noch immer gültig. So gibt es in Baden-Württemberg am Boden- und Federsee oder an Teilabschnitten von Rhein und Neckar eine 500-Meter-Sperrzone, bei der das Geflügel nicht in Freilandhaltung gehalten werden darf. Zudem schreibt die geltende Geflügelpest-Verordnung strenge und teure Test-Auflagen für Freilandhaltungen vor – in geschlossener Stallhaltung aber nur bei erheblichen Todesraten. So bleibt dort vieles unentdeckt, denn oft zirkulieren Influenzaviren lange Zeit, ohne dass eine erhöhte Todesrate auffällt. Im Freiland wird dagegen sogar bei ungefährlichen Viren der Bestand gekürzt, wie 2010 in Kobande.

„Das ist ungerecht, belohnt die nicht artgerechte, tierschutzwidrige intensive Stallhaltung, die besonders bei Wasservögeln mit Schmerzen und Leiden einhergeht – und verfälscht die Daten, die für eine wirkliche Seuchenprävention nötig wären“, so Tierärztin Karin Ulich, Vorsitzende des Vereins *Tier und Mensch e.V.* Außerdem gibt es nach neuesten Angaben des *Max-Planck-Instituts für Orni-*

thologie seit 2006 keine neuen Fälle der Tierseuche.

Das Bündnis gegen Stallpflicht, dem 16 Verbände und Organisationen angehören, darunter auch unser Verein, führte eine Unterschriftenaktion gegen diese Auflagen durch. Eine großartige Unterstützung mit ca. 20.000 Unterzeichnern leistete die Petitionsinitiative „Freiheit für's Federvieh“ von Armin Arend.

Auf der *Grünen Woche* in Berlin ergab sich am 19.01.2011 nach der Fragestunde des *Verbandes Deutscher Agrarjournalisten* mit Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner die Möglichkeit, die mehr als 3.000 Unterschriften von Tierärzten, Ethologen und Tierschützern für eine Änderung der Geflügelpestverordnung zu übergeben. Unter den Unterzeichnern sind die bekannten EthologInnen Dr. Glarita Martin und Prof. Dr. Fölsch, Richter Dr. Maisack, Dr. Hermann Focke, Ltd. Veterinärdirektor i. R. und Autor des Buches *Tierschutz in Deutschland: Etikettenschwindel? Der gequälten Kreatur gewidmet*, viele weitere Tierärzte und die *Tierärztliche Initiative Tierschutz e.V.*

Zusammen mit Eckard Wendt, dem Vorsitzenden der *Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung (AgfaN)* überreichte Karin Ulich stellvertretend für das *Bündnis gegen Stallpflicht* Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner mehr als 3.000 Unterschriften.



Tierärztin Karin Ulich bei der Unterschriften-Übergabe an Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner

Foto: Eckard Wendt

Weitere Informationen zur Geflügelpest:

Wissenschaftsforum Aviare Influenza

www.WAI.netzwerk-phenix.net

Protest gegen Agrarindustrie wird immer stärker

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Großdemonstration zur Grünen Woche in Berlin

Der Widerstand gegen die industrialisierte Landwirtschaft und ihre Folgen wird immer größer. Erstmals hat sich eine große Koalition aus Tierschützern, Bauern, Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie Kritikern der Gentechnik zusammengeslossen, um anlässlich der *Grünen Woche* in Berlin am 22.02.2011 für eine grundlegende Wende in der Agrarpolitik zu demonstrieren. Unter dem Motto „**Wir haben es satt**“ hatten 120 Verbände zur Großdemonstration aufgerufen.

Am selben Tag begann die von der Bundesregierung ausgerichtete Agrarkonferenz. Dort trafen sich Landwirtschaftsminister aus aller Welt und internationale Agrarkonzerne wie *Monsanto*, *Nestlé* oder *BASF*. Diese haben das Ziel, die Industrialisierung der Landwirtschaft zur Gewinnmaximierung noch weiter voran zu treiben. Die Agrarkonzerne wollen für Gen-Saat, Agro-Chemie und Industrie-Food grenzenlose Märkte und vor allem weitere Milliarden an Subventionen. Damit soll angeblich der Welthunger und der Klimawandel bekämpft werden können. Dabei ist das krasse Gegenteil der Fall: Eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen, die Kluft zwischen reich und arm wird immer größer. In Drittländern verhungern Menschen, während andernorts fast ein Drittel aller erzeugten Lebensmittel weggeworfen wird.

Es ist deshalb wunderbar, dass

an der Demonstration all die verschiedenen Gruppen ein gemeinsames Ziel haben: Eine neue Agrarwirtschaft ohne Gentechnik und ohne Massentierhaltung, die ein immer größerer Teil der Bevölkerung ablehnt. Rund 20.000 TeilnehmerInnen waren gekommen mit Plakaten und Transparenten sowie (leider) vielen grünen Luftballons, die zwar hübsch aussehen, aber sehr tier- und umweltfeindlich sind, wenn sie niedergehen.

Auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor wurden die Bundesregierung und die EU aufgefordert, statt Agrarfabriken die bäuerliche Landwirtschaft zu fördern. Die frühere Agrarministerin Renate Künast (*Grüne*) forderte ein klares Nein zur Massentierhaltung. *Campact*-Geschäftsführer Felix Kolb sagte: „Die Bevölkerung will ein Ende der industriehörigen Landwirtschafts- und Lebensmittelpolitik“. Es müsse eine echte EU-Agrarreform und der Ausstieg aus der Massentierhaltung erfolgen. Gefordert wurde außerdem, dass es weder Gentechnik noch Dumpingexporte geben dürfe.

Bundesministerin Aigner verspricht „Tierschutzpaket“

Die Veranstaltung war dermaßen beeindruckend, dass Bundesministerin Aigner versprach, ein „Tierschutzpaket“ zu schnüren. Sofort nach dieser Bekanntgabe wurde sie jedoch von allen Tiernutzer-Lobbyisten bedrängt. Erschwerend kommt hinzu, dass nun auch noch Peter Bleser zu ihrem Staatssekretär ernannt wurde, ein Lobbyist ersten Ranges. So ist

er u.a. Mitglied im Kuratorium der *Lohmann-Stiftung*. Die *PHW-Gruppe Lohmann & Co. AG* ist der größte deutsche Geflügelzüchter und -verarbeiter sowie eines der größten Unternehmen der deutschen Lebensmittelindustrie, deren einzelne Unternehmen immer wieder wegen schwerer Tierschutzvergehen angeklagt wurden. Zudem kommt er frisch von seinem Posten in der Futtermittel-Industrie (Vorsitzender des Aufsichtsrates). Es ist unglaublich, mit welcher Unverfrorenheit Lobbyisten in Regierungsverantwortung gelangen.

Davon dürfen wir uns aber nicht entmutigen lassen, sondern müssen Bundesministerin Aigner an ihr Versprechen erinnern. Die *Albert Schweitzer Gesellschaft* hat hierzu eine E-Mail-Aktion gestartet. Wenn Sie auf deren Internetseite „Tierschutzpaket“ eingeben, kommen Sie zu dem Aufruf. Sie können sich auch schriftlich der Kampagne anschließen:

Aktion: Schreiben Sie bitte eine Postkarte an Bundeskanzlerin Merkel und Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner.

Mustertext:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, (bzw. Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner,)

ich schließe mich der Kampagne der Albert Schweitzer Gesellschaft für unsere Mitwelt e.V. an. Bitte sorgen Sie dafür, dass das angekündigte „Tierschutzpaket“ keine Mogelpackung wird.

Mit freundlichen Grüßen

Anschriften für Briefaktionen

Seite.

- 26: EU-Tierversuchsrichtlinie: Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, 11055 Berlin, E-Mail: poststelle@bmelv.bund.de
Bundesministerin Annette Schavan, Ministerium für Bildung und Forschung, Platz der Republik, 11011 Berlin, E-Mail: annette.schavan@bundestag.de
- 35 Tierschutzpaket: Frau Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Anschrift wie oben
Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin, E-Mail: poststelle@bk.bund.de

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE.**

Menschen für Tierrechte. TVG e.V., Alexanderstraße 13, D-70184 Stuttgart
E 48168 Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.



Foto: Felix-Frieder Zschoche